



JAHRESBERICHT 2007/2008



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C



Mitarbeit am Jahresbericht 2006/2007

Projektleitung:	Susanne Heinke
Autoren:	Dr. Michael Ashkenazi, Marc von Boemcken, Peter J. Croll, Michael Dedek, Dr. Volker Franke, Dr. Andreas Heinemann-Grüder, Susanne Heinke, Elvan Isikozlu, Wolf-Christian Paes, Andreas Warnecke
Lektorat:	Susanne Heinke
Übersetzungen:	Lynn Benstead (englisch), Brigitte Steinmetz (deutsch), Heike Webb (deutsch/englisch)
Layout und Publikationsmanagement:	Svenja Bends
Bildbearbeitung:	Christian Kraft
Sonstige Mitarbeit:	Kerstin Botsch, Liane Heinz, Heike Webb

Inhalt

Geleitwort	4
Vorwort	5
Der Stand der Dinge – Gegensätzliche Trends in der globalen Sicherheit	6
Globale Trends bei Verteidigungsausgaben, Streitkräftestärke, Waffeneinfuhren und Militarisierung	12
Neuer Datenbankservice untersucht Rohstoffreichtum und Konflikte	22
Frieden entwickeln	24
Südsudan: Dialog und Aufklärung für Kleinwaffenkontrolle und DD&R	26
Der „Klick“ ins Detail bringt Transparenz über Rüstungsexporte	28
Wenn aus Kämpferinnen Näherinnen werden – Reintegration in Liberia	30
Stabilisator der Macht – Der Sicherheitssektor in Zentralasien	32
Fatal Transactions – Die Kampagne für Rohstoffgerechtigkeit	34
Diaspora als Friedensstifter am Horn von Afrika?	36
Innovationen zum Schutz deutscher Flughäfen vor Anschlägen	38
Mehr Sicherheit vor Kleinwaffen und Munition	40
Geschäftsbericht	42
Publikationsliste (Januar 2007 bis April 2008)	49

Fotos

- S. 7: Rush/BICC. UN Konvoi durch Yei, Südsudan.
- S. 9: ullstein bild - AP. Überschallrakete „Brahmos“. Neu Delhi, Indien.
- S. 11: ullstein bild - AP. Hans Blix und Mohamed el Baradei bei der Ankunft in Bagdad.
- S. 13: ullstein bild - AP. Weinende Frauen vor zerstörten Häusern, Kashmir.
- S. 16: Paes/BICC. NCDDRR Büro in Harper, Liberia.
- S. 23: Schure/BICC. Minenarbeiter in der Demokratischen Republik Kongo.
- S. 25: Schure/BICC. Polizisten, Sierra Leone.
- S. 27: Rush/BICC. Wachestehender Polizist in Mundri County, Südsudan (links). Vom BICC veranstaltetes Feldforschungstraining in Yei, Südsudan (rechts).
- S. 31: Paes/BICC. Reintegrationsprojekt in Harper, Liberia.
- S. 33: Bernd Kuzmits/ZEF. Scherdor Medrese, eine Koranschule aus dem 17. Jahrhundert, auf dem Registan in Samarkand/Usbekistan.
- S. 35: Fatal Transactions (links). Schure/BICC. Diamantenschürfer in Sierra Leone (rechts).
- S. 37: Chidi Kwubiri. Secret Society.
- S. 39: ullstein bild/Oberhäuser/CARO. Rollfeld des Flughafens Düsseldorf.
- S. 41: Paes/BICC. Sammelcontainer für Kleinwaffen in Sierra Leone.
- S. 43: DW/F. Liesegang. Internationale Migrationskonferenz des BICC.
- S. 44: Schure/BICC. Diamantenfund.
- S. 45: Gebrewold. BICC Kleinwaffen-Ausstellung bei der Afrikanischen Union, Addis Abeba, Äthiopien.

Geleitwort



Nordrhein-Westfalen ist das deutsche Nord-Süd-Land. In keinem anderen Bundesland sind mehr Einrichtungen der internationalen Zusammenarbeit tätig. Mit ihrem Engagement beschreiten viele neue Wege. Jede auf ihrem Gebiet. In der anwendungsorientierten Forschung ist es das Internationale Konversionszentrum Bonn, kurz BICC, das für so manche Innovation gesorgt hat. Als eine „NRW-Institution“ strebt es die internationale Themenführerschaft auf noch unerforschten Themenfeldern der Friedens- und Konfliktforschung an. So stärkt das BICC die Stadt Bonn als Standort des Nord-Süd-Dialogs in besonderer Weise. Darüber hinaus leistet es einen wichtigen Beitrag zur Profilierung Nordrhein-Westfalens als Kompetenzzentrum der globalen Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Dafür möchte ich Ihnen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des BICC, an dieser Stelle herzlich danken. Welch großen Stellenwert Ihre Arbeit für die Landesregierung hat, kommt in den im vergangenen Jahr verabschiedeten entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes zum Ausdruck. In den vom Integrationsministerium, dem zuständigen Fachressort, erarbeiteten Handlungskonzept heißt es: „Das Land unterstützt die Forschung und Beratung insbesondere in Fragen der Entwicklungs- und Sicherheitspolitik sowie der Konfliktbewältigung und Demokratisierung in Entwicklungsländern.“

Das gegenseitige Vertrauen zwischen Land und BICC wurzelt tief. Es stützt sich vor allem auf die langjährige Erfahrung des BICC in der Friedens- und Konfliktforschung. Sie und die hervorragenden Kontakte zu staatlichen Institutionen, internationalen Forschungseinrichtungen sowie regionalen und internationalen Diasporagemeinden machen das BICC nicht nur zu einem unverzichtbaren Ratgeber für Politik und Verwaltung, sondern auch zum Partner zahlreicher Nichtregierungsorganisationen. Das BICC hat sich in den letzten Jahren immer wieder neuen Fragestellungen gewidmet. Fragen, die im globalen Kontext immer wichtiger werden, für die es aber noch keine hinreichenden Handlungsperspektiven gibt. Dazu gehört auch der Zusammenhang zwischen Migration und Entwicklung, eines jener Themen, dessen Bedeutung auch für Nordrhein-Westfalen wächst. In keinem anderen Bundesland leben größere Diasporagemeinden aus Ländern des Südens, etwa aus Staaten südlich der Sahara.

Durch seine anwendungsorientierte Forschung leistet das BICC einen wichtigen Beitrag, in diesem noch recht jungen Politikfeld neue Gestaltungszugänge zu finden.

Wie können die Integrationschancen von Zuwanderern aus Entwicklungsländern verbessert werden? Wie können die Herausforderungen gemeistert werden, die durch den Anstieg der Zuwanderung von Menschen aus Krisenregionen entstehen? Welche Rolle spielen sie im internationalen Konfliktgeschehen? Nur drei von zahlreichen anderen Fragen, über die wir in diesem Zusammenhang noch viel zu wenig wissen.

Dies mag daran liegen, dass in den entwicklungspolitischen Debatten vor allem der finanzielle Beitrag der Diasporagemeinden für die Entwicklung ihrer Herkunftsländer diskutiert wird. Dabei ist deren politisches und gesellschaftliches Engagement nicht weniger wichtig. Es ist deshalb eine wertvolle Bereicherung der Diskussion, wenn das BICC die Rolle der afrikanischen Diaspora im Konfliktgeschehen aufgreift und den Beitrag zur Konfliktlösung in den Herkunftsländern untersucht. Außerdem zeigt es konkrete Möglichkeiten auf, wie man dieses Engagement fördern kann.

Neue Felder der Kooperation zwischen dem Land und dem BICC eröffnet die im vergangenen Jahr besiegelte Partnerschaft Ghana-Nordrhein-Westfalen. Auch hier kann das BICC auf Praxiserfahrungen zurückgreifen. So arbeitet es schon seit längerem mit ghanaischen Forschungseinrichtungen zusammen und unterstützt in den Bereichen Frieden und Sicherheit das *Kofi Annan International Peacekeeping Training Center (KA IPTC)* in Accra.

All dies zeigt: Das BICC ist bestens aufgestellt, um künftigen Herausforderungen in der internationalen Zusammenarbeit mit zeitgemäßen Antworten zu begegnen. Doch seine Expertise als Forschungseinrichtung ist es nicht allein, die es zu einem wichtigen Partner des Landes macht. BICC ist mit seinem Engagement auch ein Aushängeschild Nordrhein-Westfalens in der Welt. Es zeigt, dass die Menschen des mit 18 Millionen Menschen bevölkerungsreichsten, mitten in Europa gelegenen Bundeslandes bereit sind, über den Tellerrand hinauszublicken und globales Engagement zu unterstützen. Der vorliegende Jahresbericht ist ein Zeugnis dessen. Ich wünsche dem Internationalen Konversionszentrum Bonn für seine künftige Arbeit viel Glück und ein gutes Gelingen.

Armin Laschet

Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorwort



Der vorliegende Jahresbericht 2007/2008 will Sie informieren, wie sich das BICC an der Schnittstelle zwischen Entwicklung und Frieden weltweit in anwendungsorientierter Forschung, Beratung und Kapazitätenaufbau (*capacity-building*) engagiert.

Wir haben es uns zur Aufgabe (*mission*) gemacht, zu Frieden und Entwicklung durch Maßnahmen zur Verhinderung gewaltsamer Konflikte und deren konstruktiver Transformation beizutragen. „Konflikte“ bilden ein übergreifendes Arbeitsfeld, in dem wir durch methodisches und thematisches „Looping“ anwendungsorientierte Forschung, Beratung und Kapazitätenaufbau (*capacity-building*) miteinander verbinden. Die im Jahresbericht beschriebenen Projekte spiegeln wider, wie wir unsere Forschungs- und Beratungsschwerpunkte strategisch neu ausrichten und systematisch weiterentwickeln wollen.

Es ist uns gelungen, für diesen Jahresbericht mit Prof. Dr. Hans Blix, Vorsitzender der *International Commission on Weapons of Mass Destruction*, Stockholm, und Mitglied des Internationalen Beirats des BICC, einen sehr prominenten Gastautor zu gewinnen. Sein Editorial handelt von den gegensätzlichen Tendenzen in der globalen Sicherheit. Der Datenteil des Jahresberichts, der weltweite Trends bei Verteidigungsausgaben, Streitkräften, Waffeneinfuhren und Militarisierung darlegt, bestätigt seine Einschätzung, dass wir eine „Neuaufgabe der Politik des Kalten Krieges ohne Kalten Krieg – mit anderen Worten, einen Kalten Frieden“ erleben. Als übergeordnetes Ziel definiert Blix deshalb, neue Marschrouten auf dem Weg zur Abschaffung sämtlicher Massenvernichtungswaffen zu finden.

Hierzu wollen wir mit unserer Projektarbeit in Sachen Kleinwaffenkontrolle – den derzeit am häufigsten eingesetzten Massenvernichtungswaffen – einen Beitrag leisten. Ein spezielles Trainingsmodul ist überschüssigen Waffen, der Markierung und Rückverfolgung von Kleinwaffen sowie ihrer (sicheren) Lagerung gewidmet. Das BICC intensivierte zudem seine Beratungs- und Trainingsarbeit zur Kleinwaffenkontrolle im Südsudan, beriet die dortige Regierung in Sachen Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DD&R) und führte Workshops zur Kleinwaffenfrage durch, bei denen Zivilgesellschaft und Medien einbezogen wurden.

Auch im Bereich Datenbankservices hat das BICC Innovatives zu bieten. Die Rüstungsexportdatenbank (www.ruestungsexport.info) wurde im Jahr 2007 um eine Internet basierte Kartenkomponente erweitert, die zusätzliche und vielschichtige Informationen gewährt. Mit

dem *Resource Conflict Monitor* (RCM) wiederum ist es gelungen, eine Datenbank über 90 rohstoffreiche Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen der letzten elf Jahre zu entwickeln, die Aufschluss über Konflikte, Ressourcenmanagement und Einbindung in internationale Abkommen gibt. Der RCM ist Teil der Forschung des BICC in ausgewählten Themenfeldern an der Schnittstelle zwischen Entwicklung und Sicherheit.

Der Ressourcenthematik gewidmet ist auch *Fatal Transactions*, eine internationale Kampagne, die sich für einen gerechten und fairen Abbau von natürlichen Rohstoffen in Afrika einsetzt und bei der das BICC als Koordinator in Deutschland fungiert.

In Liberia evaluierten wir im Rahmen eines europäischen Konsortiums das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) zur Reintegration ehemaliger Kämpfer.

Eine ganz andere Art der Beratung leistete das BICC mit der Studie zu Sicherheitstechnologien und Arbeitsplätzen am Beispiel des Düsseldorfer Flughafens. Ebenfalls in den Bereich der anwendungsorientierten Forschung fallen die BICC-Projekte zu Friedensmissionen der Vereinten Nationen und dem Beitrag der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zum *Peacebuilding* sowie über die Rolle des Sicherheitssektors in autoritären Regimes in Zentralasien.

Eine weitreichende inhaltliche Weichenstellung stellt schließlich ein EU-gefördertes, internationales Projekt dar, das am Beispiel des Horn von Afrika neue Erkenntnisse zu Diasporaaktivitäten in den Herkunftsländern, den Aufnahmeländern sowie auf der transnationalen Ebene gewinnen will. Mit der Entscheidung Migrations- und Diasporaforschung in sein Forschungs- und Beratungsportfolio aufzunehmen, platziert sich das BICC erstmals im Spannungsfeld „Migration, Integration, Entwicklung und Frieden“.

Die Spannbreite unserer Arbeit stellte uns vor besondere Herausforderungen, die wir dank der hohen Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der hervorragenden Zusammenarbeit mit unseren Partnern und der Bereitschaft unserer Mittelgeber, uns weiterhin zu unterstützen, meistern konnten. Mit unserem Jahresbericht 2007 /2008 möchten wir unsere Entwicklung für Sie transparent machen und Sie zur Diskussion einladen.

Peter J. Croll
Direktor des BICC

Der Stand der Dinge – Gegensätzliche Trends in der globalen Sicherheit

Wir haben das Privileg, in einer Ära zu leben, die wie nie zuvor von globaler Interdependenz, internationalem Handel und kulturellem Austausch geprägt ist. Informationen verbreiten sich unmittelbar und unseren Möglichkeiten, um den Globus zu reisen, sind keine Grenzen gesetzt. Zwischen den Großmächten bestehen keine tiefen ideologischen Gräben und verhärteten Fronten mehr, stattdessen treten diese Staaten ebenfalls in eine – durch Handel und andere wirtschaftliche Aktivitäten bedingte – komplexe Symbiose ein. Die Angst vor einem größeren Schlagabtausch der Supermächte ist verblasst.

Für immer mehr Menschen wird die Welt schrittweise besser und sicherer. Die Zahl der Kriege und bewaffneten Konflikte geht stetig zurück und die Zahl der Opfer in den Konflikten, die noch ausgetragen werden, ist ebenfalls niedriger als früher. Das Streben der Staaten nach Sicherheit vor Bedrohungen und Angriffen von außen ist indes um viel umfassendere Bemühungen ergänzt und erweitert worden, um die Sicherheit des Einzelnen gegenüber Bedrohungen wie Hunger, Natur- und Umweltkatastrophen, Gewalt und Unterdrückung zu gewährleisten – selbst wenn diese Bedrohung vom eigenen Staat ausgeht.

Die Globalisierung hat uns historisch einmalige Anreize für die internationale Zusammenarbeit geliefert. Gleichzeitig zwingen uns die heutigen Sicherheitsrisiken geradezu zur Kooperation – sie ist unverzichtbar, wenn wir in der Lage sein wollen, diesen Gefahren zu begegnen. Viren wie z.B. die Vogelgrippe breiten sich auch ohne Visum in der Welt aus und es bedarf gemeinsamer Anstrengungen, sie zu stoppen. Wir alle teilen uns die Atmosphäre der Erde und gemeinsam müssen wir gegen die drohende globale Erwärmung vorgehen. Der technologische Fortschritt hat auch der organisierten Kriminalität und den Terrornetzwerken neue Vorgehensweisen und Betätigungsfelder beschert. Die Bedrohung, die von solchen Gruppen ausgeht, kennt keine Grenzen. Um sie wirksam zu bekämpfen, müssen wir zusammenarbeiten.

Die erste Weltorganisation, der Völkerbund, hatte nur wenig mehr als zwanzig Jahre Bestand – nämlich zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. Ihre Folgeorganisation, die Vereinten Nationen, besteht jetzt schon seit mehr als sechzig Jahren.

Zur gleichen Zeit bauen sich aber neue Spannungen zwischen Russland und China auf der einen sowie den USA und Westeuropa auf der anderen Seite auf. Die globalen Militärausgaben haben ein Niveau von deutlich über einer Billion US-Dollar jährlich erreicht. Die internationalen Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung sind völlig zum Erliegen gekommen. Die Gespräche in den internationalen Foren werden von Misstrauen und Zerwürfnissen behindert.

Statt konstruktiv zu verhandeln, bewegen wir uns auf ein neues Wettrüsten zu, das nicht durch konträre politische Interessen angetrieben wird, sondern durch das Bestreben, sich für eine ungewisse Zukunft strategisch zu positionieren. Die USA sind entschlossen, ihre absolute militärische Vormachtstellung zu erhalten, und andere Mächte fürchten, an Einfluss zu verlieren, wenn sie zu sehr in Rückstand geraten. Wir erleben eine Neuaufgabe der Politik des Kalten Krieges ohne Kalten Krieg – mit anderen Worten, einen Kalten Frieden.

Das sind anscheinend widersprüchliche Trends. Das Fenster der Möglichkeiten, eine neue Weltordnung auf der Grundlage kooperativer Sicherheit zu schaffen, das sich nach dem Ende des Kalten Krieges geöffnet hatte, blieb ungenutzt und die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Staaten verläuft weiter in den alten Bahnen, während die Globalisierung auf anderen Gebieten geradezu explosionsartig voranschreitet.

Frieden und Abrüstung durch kooperative Sicherheit

Um die aktuellen Rüstungs- und Abrüstungstrends angemessen darzustellen, sind zunächst die derzeitigen Entwicklungen bei der internationalen Sicherheit insgesamt zu betrachten. Wenn die Bemühungen um Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung (Nonproliferation) erfolgreich sein sollen, müssen sie von der Prämisse ausgehen, dass Staaten, die auf Massenvernichtungswaffen (WMD) verzichten oder sie abschaffen sollen, sich auch ohne solche Waffen ausreichend sicher fühlen müssen. Voraussetzung dafür wiederum ist eine glaubwürdige internationale Sicherheitsarchitektur, die allen Staaten ein Gefühl der Sicherheit gibt – nicht nur den wenigen, die stark und mächtig genug sind, sich selbst zu verteidigen.

Lassen Sie mich also einmal den aktuellen Stand der völkerrechtlichen Regelungen beleuchten, die Teil dieser Architektur sind und die die Anwendung von Gewalt zwischen den Staaten unterbinden sollen.

„Wir erleben eine Neuauflage der Politik des Kalten Krieges ohne Kalten Krieg – mit anderen Worten, einen Kalten Frieden.“



Die Autoren, die 1945 in San Francisco die UN-Charta verfasst haben, waren keine Pazifisten. Sie wussten aber um die Gräueltaten des Krieges und schrieben deshalb in Artikel 2.4 der Charta ein generelles Verbot der Androhung oder Anwendung von Gewalt zwischen den Mitgliedern fest, das lediglich zwei Ausnahmen vorsah:

- Erstens haben die Staaten „im Falle eines bewaffneten Angriffs“ das Recht zur Gewaltanwendung, um sich selbst zu verteidigen, bis der Sicherheitsrat die nötigen Maßnahmen ergreift. Dieses Recht wurde im Allgemeinen so interpretiert, dass es die Anwendung von Gewalt auch im Falle eines „unmittelbar bevorstehenden“ Angriffs zulässt, d.h. die Staaten müssen nicht abwarten, bis Bomben auf ihr Gebiet fallen, sondern können die Bomber sogar außerhalb ihres Hoheitsgebietes abfangen.
- Zweitens kann der Sicherheitsrat in allgemeiner gelagerten Fällen, insbesondere wenn er zu dem Schluss kommt, dass eine „Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung“ vorliegt, über die Anwendung von Gewalt entscheiden oder diese autorisieren.

Während des Kalten Krieges war der Sicherheitsrat durch das Vetorecht, das jedem der fünf ständigen Mitglieder eingeräumt worden war, in seinem Handlungsvermögen weitgehend blockiert. Diese Situation änderte sich jedoch mit dem Ende des Kalten Krieges gewaltig. Konsensentscheidungen wurden nun im Sicherheitsrat zur Regel. Am bedeutsamsten war die Entscheidung von 1991, als der Sicherheitsrat der von US-Präsident George H. Bush zusammengerufenen breiten Allianz die Befugnis gab, Gewalt anzuwenden, um Iraks eklatante Aggression gegen Kuwait und seine Besetzung des Landes zu beenden. Präsident Bush Senior sprach damals von einer „neuen Weltordnung“.

Bedauerlicherweise hatte diese Ordnung aber nicht lange Bestand. Im März 2003 marschierte die Allianz der willigen Staaten im Irak ein, ohne dass ein bewaffneter Angriff erfolgt war und ohne dass der Irak eine direkte Bedrohung darstellte – und in vollem Bewusstsein der Tatsache, dass der Sicherheitsrat den Angriff nicht billigen würde. Die politische Rechtfertigung für den Krieg gegen den Irak bestand vor allem in der Behauptung, der Irak besitze und entwickle Massenvernichtungswaffen und handele damit mehreren Resolutionen des

UN-Sicherheitsrates zuwider. Es ist unwahrscheinlich, dass irgendein anderes Argument den US-Kongress oder das britische Parlament dazu hätte bewegen können, einem Vorgehen mit Waffengewalt zuzustimmen.

Die USA sagten zwar nicht offiziell, dass ein Krieg als Präventivschlag gegen die irakische Bedrohung gerechtfertigt sei, aber zweifelsohne war dies die gängige Sichtweise. Diese Vermutung wird durch die Nationale Sicherheitsstrategie der USA, die im September 2002 veröffentlicht worden war, weiter untermauert. Darin stand ganz unverblümt, dass es im Zeitalter der Raketen und Terroristen unangemessen sei, das Recht zum Waffeneinsatz zur Selbstverteidigung auf Situationen zu beschränken, in denen ein „bewaffneter Angriff“ bereits erfolgt sei oder „unmittelbar bevorstehe“ (die Voraussetzungen, unter denen ein Verteidigungsschlag in weiten Kreisen als gerechtfertigt akzeptiert wird). Stattdessen wurde konstatiert, die USA fühlten sich berechtigt, einer entstehenden Bedrohung durch „Schurkenstaaten“ oder Terroristen mit einer militärischen Intervention zu begegnen – notfalls auch unilateral und ohne Billigung durch die UN. Die USA brauchten von niemandem einen „Erlaubnisschein“.

Aus meiner Sicht zeigen die Sicherheitsstrategie von 2002 und der Krieg von 2003, dass die Bush-Administration die völkerrechtlichen Beschränkungen, die die USA 1945 selbst mit formuliert hatten, über Bord geworfen haben. Und es sind auch wohl kaum die restriktiven Bestimmungen der UN-Charta, die die USA im Fall des Iran bis jetzt zurückgehalten haben.

Wie groß der Schaden wirklich ist, den die nicht gebilligte Invasion des Irak 2003 den völkerrechtlichen Beschränkungen des Einsatzes von Waffengewalt zugefügt hat, lässt sich schwer bestimmen. Diese Beschränkungen sind auch schon früher von anderen missachtet worden, insbesondere während des Kalten Krieges. Allerdings ging solchen Aktionen nie die Verabschiedung einer nationalen Doktrin voraus, die einer Aufkündigung dieser Restriktionen gleichkam.

Sicher ist, dass sich die bereits vorhandenen Zweifel an der Effektivität der UN-Charta – Zweifel, die mit dem Golfkrieg 1991 und dem neuen Gewicht des Sicherheitsrates nachgelassen zu haben schienen – mit dem Golfkrieg 2003 gewaltig zurückmeldeten. Hier haben wir es mit einer potenziell sehr gefährlichen Entwicklung zu tun. Wenn jeder Staat das Recht hätte, gegen jeden

„Die vergangenen zehn Jahre (...) waren eine düstere Zeit in den internationalen Verhandlungen über Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung.“

Staat, der angeblich eine Bedrohung darstellt, einen Präventivkrieg zu führen, so wäre das gelinde gesagt destabilisierend.

Aber das Fenster, das sich am Ende des Kalten Krieges aufgetan hat, ist noch nicht wieder völlig geschlossen. Tatsächlich könnten wir uns bald erneut in einer Phase der Möglichkeiten befinden. Der Fehlschlag des Krieges im Irak – eine kostspielige Demonstration der Grenzen militärischer Macht – hat selbst die derzeitige US-Administration zu der Erkenntnis geführt, dass sie die Welt allein nicht verändern kann. Inzwischen nimmt die Regierung in Sachen internationale Sicherheit eine deutlich kooperativere und versöhnlichere Haltung ein als noch vor wenigen Jahren. Ich betrachte es als ein positives Zeichen, dass der ehemalige US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, John Bolton, seine ernstliche Unzufriedenheit mit der derzeitigen Außenpolitik der Bush-Administration ausgedrückt hat.

Wichtiger als die feine politische Kursänderung in der zweiten Amtszeit von Präsident Bush ist jedoch die Tatsache, dass die internationalen Beziehungen sowie Frieden und Sicherheit in der Welt inzwischen zu heißen Themen der amerikanischen politischen Debatte geworden sind. Es besteht die Chance, dass Amerika nach den Wahlen im November bei den Bemühungen um stärkere multilaterale Institutionen und kooperative Sicherheit wieder eine Führungsrolle übernimmt. Ich will damit nicht sagen, dass das allein das Wundermittel sein könnte, das generelle Rettung bringt. Aber gewiss hätte die internationale Gemeinschaft einen besseren Stand, wenn die USA bei dieser Entwicklung das Steuer ergriffen, statt in die Bremsen zu treten.

Die Abrüstung neu beleben

Im Kalten Krieg waren es die Risiken eines atomaren Krieges und der sicheren gegenseitigen Vernichtung, die uns Sorgen bereiteten. Und das zu Recht, denn wir sind einem solchen Krieg ja ein paar Mal gefährlich nahe gekommen. Aus dieser Furcht heraus und dank einer Achtung verdienenden politischen Führung kam es zu direkten Verhandlungen und Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion über Maßnahmen zur Rüstungskontrolle und eine Reduzierung der vorhandenen Waffenbestände. Diese Entwicklung setzte sich

in der ersten Hälfte der 1990er Jahre fort: 1993 wurde nach über 20-jährigen Verhandlungen das Übereinkommen zum Verbot von Chemiewaffen abgeschlossen, 1995 wurde der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) auf unbegrenzte Zeit verlängert; 1996 wurde der Umfassende Atomteststoppvertrag (CTBT) verabschiedet und die Bestände an nuklearen Sprengköpfen wurden von gut 55.000 zu Spitzenzeiten während des Kalten Krieges auf nunmehr rund 27.000 reduziert.

Die vergangenen zehn Jahre jedoch waren eine düstere Zeit in den internationalen Verhandlungen über Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung. Die Abrüstungskonferenz in Genf, das wichtigste internationale Verhandlungsforum zur Abrüstung, war von Misstrauen, taktischen Manövern und Verhandlungsblockaden überschattet. In mehr als zehn Jahren ist es der Konferenz nicht einmal gelungen, ein Arbeitsprogramm zu verabschieden. Das letzte Ergebnis, der Atomteststoppvertrag, ist nach wie vor nicht in Kraft getreten. Bei der Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags im Mai 2005 konnten sich die Delegierten nicht einmal auf ein Abschlussdokument verständigen und beim UN-Gipfel im September desselben Jahres wurde das gesamte Kapitel Abrüstung und Nichtverbreitung aus dem Schlussdokument ausgeklammert, weil die Mitgliedstaaten sich nicht auf den Wortlaut einigen konnten.

Dieser Stillstand in den internationalen Abrüstungsverhandlungen ist schwerwiegend. Noch besorgniserregender sind jedoch die zunehmenden Indizien dafür, dass wir uns sogar rückwärts bewegen und in ein erneutes Wettüben abgleiten. In den letzten paar Jahren mehrten sich die Anzeichen: Die US-Regierung strebt die Entwicklung einer neuen Standardkernwaffe an (*Reliable Replacement Warhead* – auf Deutsch: „Zuverlässiger Austauschsprengkopf“) und hat ihren Haushaltsansatz für das Raketenabwehrprojekt 2007 auf elf Milliarden US-Dollar aufgestockt; China hat seine Streitkräfte modernisiert und einen seiner Wettersatelliten abgeschlossen, womit es seine Fähigkeit zu Militäraktionen im Weltraum unter Beweis gestellt hat; Russland hat die routinemäßigen Langstreckenflüge nuklear bewaffneter Flugzeuge wieder aufgenommen und Großbritannien hat beschlossen, sich die Option der Fortführung seines nuklearen U-Boot-Programms *Trident* offen zu halten. Gleichzeitig hat Nordkorea einen zumindest teilweise erfolgreichen Atombombentest durchgeführt und damit jegliche Zweifel der internationalen Gemeinschaft



„Der Nichtverbreitungsvertrag bleibt der wichtigste Eckpfeiler der internationalen Bemühungen um eine atomwaffenfreie Welt.“

an seiner Kernwaffenfähigkeit ausgeräumt. Der Iran arbeitet weiter am Aufbau seiner Kapazität zur Urananreicherung, die in Zukunft dazu genutzt werden könnte, waffenfähiges Material herzustellen, was diese ohnehin sehr fragile Region weiter destabilisieren würde.

Es ist an der Zeit, dass wir dieser Realität ins Auge sehen und die internationalen Abrüstungsanstrengungen mit neuem Elan angehen. Der Nichtverbreitungsvertrag bleibt der wichtigste Eckpfeiler der internationalen Bemühungen um eine atomwaffenfreie Welt. In einem großartigen Versuch, die Welt von Atomwaffen zu befreien, verpflichteten sich die unterzeichneten Nichtnuklearwaffenstaaten dazu, keine Kernwaffen zu beschaffen, während sich die damals fünf Nuklearmächte im Gegenzug dazu bereit erklärten, ohne Hintergedanken über die nukleare Abrüstung zu verhandeln.

Da es inzwischen vier Nuklearmächte mehr gibt als in den 1970er Jahren und nach wie vor zehntausende Kernwaffen vorhanden sind, hat der Nichtverbreitungsvertrag seine Ziele offenkundig noch nicht erreicht. Es gibt sogar einige Stimmen, die vor einem möglichen Scheitern des Vertrags und einer „Kaskade“ von Staaten warnen, die Kernwaffen entwickeln. In mehrfacher Hinsicht war der NVV jedoch ein großer Erfolg. Nur drei Staaten – Indien, Israel und Pakistan – sind dem Vertrag nicht beigetreten. Weiterhin sind es – neben den fünf anerkannten Atomwaffenmächten – nur diese drei Staaten und möglicherweise Nordkorea, die heute *de facto* Kernwaffen besitzen. Der Irak und Libyen haben es versucht, wurden aber daran gehindert. Der Iran steht unter Verdacht. Die gute Nachricht aber ist, dass die Welt heute nicht von Beinahe-Nuklearwaffenstaaten wimmelt.

Es sollte auch beachtet werden, dass Weißrussland, Kasachstan und die Ukraine, die Kernwaffen auf ihrem Territorium hatten, diese an Russland abgegeben haben und dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten sind. Südafrika hat ebenfalls Abstand vom Nuklearwaffenstatus genommen. Andere Länder, darunter auch mein Heimatland Schweden, lehnen Nuklearwaffen ab und unterstützen die Idee einer atomwaffenfreien Welt.

Heute leidet der NVV allerdings unter einem Vertrauensdefizit. Die Staaten, die auf Nuklearwaffen verzichtet haben, sind nicht damit zufrieden, dass die Zahl der Kernwaffen seit dem Kalten Krieg abgenommen hat. Sie monieren, dass die Vertragsparteien, die über Kernwaf-

fen verfügen und die eigentlich einen Zeitplan für den schrittweisen Abbau ihrer Arsenale vorlegen sollten, *de facto* genau das Gegenteil tun – nämlich Zeitpläne für die Modernisierung ihrer Waffensysteme aufstellen.

Bestehen denn dann überhaupt Aussichten auf die dringend nötige Wiederaufnahme der Rüstungskontrolle und Abrüstung? Einige bedeutsame Anzeichen weisen darauf hin, dass wir uns möglicherweise auf eine neue Phase der Möglichkeiten zu bewegen, die Hoffnung auf internationale Abrüstung und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen bietet.

Der Artikel, den die ehemaligen nationalen Sicherheitsarchitekten Henry Kissinger, George Schultz, William Perry und Sam Nunn im Januar 2007 im *Wall Street Journal* veröffentlichten¹, und die daran anknüpfende Diskussion 2008 haben neue Hoffnung geweckt, dass ein breiter politischer Konsens über die Notwendigkeit weiterer Abrüstung erzielt werden kann. In ihrem Artikel haben diese vier erfahrenen Staatsmänner und ehemaligen amerikanischen Sicherheitsarchitekten die USA dringend aufgefordert, in einer gemeinsamen Initiative mit den anderen Kernwaffenstaaten für eine schrittweise nukleare Abrüstung die Führung zu übernehmen. Die Autoren riefen dazu auf, mit neuer Führungskraft und Mut daranzugehen, die unzeitgemäße Politik der abschussbereiten Dislozierung von Kernwaffen zu ändern und die Vorwarnzeiten zu verlängern, um die Gefahr eines versehentlichen oder unbefugten Einsatzes zu verringern. Des Weiteren argumentierten sie aus der Sicherheitsperspektive sehr überzeugend für eine weitere Reduzierung der Kernwaffenbestände, erneute Bemühungen um das Inkrafttreten des CTBT und Verhandlungen für ein Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Waffenzwecke.

Mit einer neuen Führungsriege in Washington, Moskau und andernorts – einer neuen Generation internationaler Führungskräfte – öffnet sich das Fenster der Möglichkeiten wieder und wir haben die Chance, unsere Beziehungen neu zu gestalten und unsere Positionen zu überdenken. Es ist an der Zeit, uns von den veralteten militärischen Strategien des Kalten Krieges zu verabschieden und uns den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gemeinsam zu stellen.

¹ Schultz, George P., William J. Perry, Henry A. Kissinger and Sam Nunn. 2007. "A World Free of Nuclear Weapons." January 4; Page A15, Wall Street Journal

„Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus oder zur Beendigung von Gräueltaten in ethnischen Konflikten haben Kernwaffen keinerlei sinnvolle Funktion.“

Die großen Veränderungen der internationalen Szene in den letzten Jahrzehnten, nicht zuletzt die schon beschriebene Zunahme der globalen Interdependenz und der revolutionäre technologische Fortschritt, haben die Bedrohung für unsere Sicherheit und die Mittel, die zur Verteidigung gegen diese Gefahren nötig sind, in fundamentaler Weise verändert. Im Kampf gegen den internationalen Terrorismus oder zur Beendigung von Gräueltaten in ethnischen Konflikten haben Kernwaffen keinerlei sinnvolle Funktion. Heute gibt es keine denkbare Einsatzmöglichkeit für Kernwaffen mehr und der abschreckende Effekt verliert zunehmend an Wirkung. In Regionen, in denen die Abschreckung eine echte Grundlage für den Erhalt der Sicherheit sein könnte, sind andere Maßnahmen, wie z.B. die Einbindung in die Strukturen der internationalen Gemeinschaft, wahrscheinlich wirkungsvoller.

Die Kommission zu Massenvernichtungswaffen – Schritte auf dem Weg zur Abrüstung

Am 1. Juni 2006 hat die Kommission zu Massenvernichtungswaffen, deren Vorsitz zu führen mir eine Ehre war, ihren Bericht *Weapons of Terror: Freeing the World of Nuclear, Biological and Chemical Arms*² vorgelegt. Der Bericht ist auf die folgende unzweideutige Prämisse gegründet: „(...) solange irgendein Staat [Massenvernichtungswaffen] – insbesondere Kernwaffen – besitzt, werden andere auch solche Waffen haben wollen. Solange sich irgendwelche Waffen dieser Art in den Arsenalen irgendeines Staates befinden, besteht das Risiko, dass sie eines Tages eingesetzt werden könnten, mit Absicht oder aus Versehen. Jeglicher Einsatz wäre eine Katastrophe.“ Der Bericht wurde von den 14 Kommissionsmitgliedern, renommierten Experten mit unterschiedlichem Hintergrund aus verschiedenen Teilen der Welt, einstimmig verabschiedet. Er greift einige Ideen aus früheren Arbeiten auf, beinhaltet aber auch eine Reihe neuer Empfehlungen. Insgesamt 60 Empfehlungen, davon 30 zum Thema Kernwaffen, weisen mögliche neue Marschrouten auf dem Weg zur Abschaffung sämtlicher Massenvernichtungswaffen aus. Zwei Jahre nach der Vorstellung des Berichts haben wir ein bedeutendes Ziel erreicht, nämlich das Thema ganz oben auf der Tagesordnung zu halten und bereit zu sein, sobald das Klima für Abrüstungsverhandlungen günstiger wird.

² auf Deutsch: *Waffen des Terrors: Die Welt von nuklearen, biologischen und chemischen Waffen befreien*

Die Kommission hat alle Vertragsparteien des Nichtverbreitungsvertrages dringend aufgefordert, zu den ursprünglichen Abmachungen des Vertrages zurückzukehren. Die Glaubwürdigkeit dieser Regelung und das Vertrauen in ihre Wirksamkeit muss wieder hergestellt werden. Außerdem haben wir zahlreiche konkrete Maßnahmen vorgeschlagen, um die Abrüstungsagenda voranzubringen.

Wie die Kommission betonte, gibt es nichts Wichtigeres als dafür zu sorgen, dass der Umfassende Kernwaffenteststoppvertrag (CTBT) in Kraft treten kann. Die noch ausstehende Ratifizierung durch neun der 44 Annex-2-Staaten – Ägypten, China, Indien, Indonesien, Iran, Israel, Nordkorea, Pakistan und die USA – verhindert dies bislang. Das Inkrafttreten des CTBT ist von entscheidender Bedeutung für die Bemühungen, die Entwicklung einer neuen Generation von Kernwaffen zu verhindern und die Sicherheitspolitik von der nuklearen Abschreckung unabhängig zu machen. Das Inkrafttreten des CTBT würde die Uhren für die globale nukleare Abrüstung neu stellen und der Welt signalisieren, dass die führenden Nationen sich wieder fest zu ihren Abrüstungsversagen bekennen.

Trotz des Zögerns einiger entscheidender Staaten, den CTBT zu ratifizieren, gibt es starken politischen Widerstand gegen die Durchführung von Atomwaffentests. Seit dem Abschluss des CTBT 1996 haben nur Indien, Pakistan und im vergangenen Jahr Nordkorea Tests durchgeführt. Die internationale Gemeinschaft reagierte darauf nahezu geschlossen mit einer Verurteilung. Nordkoreas Kernwaffentest am 9. Oktober 2006 wurde vom Sicherheitsrat einstimmig verurteilt – ebenso wie der indische und der pakistanische Test im Mai 1998. Bemerkenswert war, dass der nordkoreanische Test vom Sicherheitsrat ausdrücklich als eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit gewertet und mit Sanktionen beantwortet wurde.

Die zweitwichtigste Aufgabe besteht darin, zu einer Vereinbarung über einen verifizierbaren Vertrag zu kommen, der die Herstellung von spaltbarem Material für Waffenzwecke verbietet. In Verbindung mit der weiteren Reduzierung der vorhandenen Atomwaffen könnte ein verifiziertes Verschließen der Quelle für waffenfähiges spaltbares Material dazu beitragen, den weltweiten Atombombenbestand zu verringern.

Des Weiteren könnten alle Nuklearwaffenstaaten Schritte unternehmen, um ihre strategischen nuklearen Arse-



„Alle Staaten, die Kernwaffen besitzen, sollten sich kategorisch dazu verpflichten, keinen Ersteinsatz in Betracht zu ziehen...“

nale zu verkleinern. Die USA und Russland, die über die größte Zahl solcher Waffen verfügen, sollten dabei die Führung übernehmen. Alle Staaten, die Kernwaffen besitzen, sollten sich kategorisch dazu verpflichten, keinen Ersteinsatz in Betracht zu ziehen, und die USA und Russland sollten ihre Kernwaffen in einem Akt der Gegenseitigkeit aus der Alarmbereitschaft herausnehmen. Mit der zunehmenden Kooperation zwischen Russland und der Europäischen Gemeinschaft sollten die russischen Atomwaffen aus den vorderen Dislozierungspositionen in zentrale Lager zurückgezogen und alle US-Atomwaffen auf amerikanisches Territorium zurückverlegt werden.

Wenn die Abhängigkeit von Kernkraft wie erwartet zunimmt, ist auch der steigende Produktionsbedarf für gering angereichertes Uran und für die Entsorgung des abgebrannten Brennstoffs vorherzusehen. Dies muss in solcher Weise geschehen, dass das Risiko der Proliferation und des Abzweigens von Nuklearmaterial nicht zunimmt. Es liegen verschiedene Vorschläge dazu auf dem Tisch, und es sollte ausgelotet werden, welche Möglichkeiten bestehen, internationale Vereinbarungen zu treffen, die die Verfügbarkeit von Kernbrennstoff für zivile Reaktoren sicherstellen und gleichzeitig das Risiko der Kernwaffenverbreitung auf ein Minimum reduzieren. Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA), in der diese Themen derzeit diskutiert werden, ist das am besten geeignete Forum für diese Aufgabe. Die Herstellung von hoch angereichertem Uran sollte schrittweise beendet werden.

Es sollten regionale Ansätze verfolgt werden, insbesondere in Spannungsgebieten. Es wäre wünschenswert, die Staaten des Nahen Ostens (einschließlich des Iran und Israels) dazu zu bewegen, einer längerfristigen verifizierten Suspendierung der Produktion von hoch angereichertem Uran und Plutonium zuzustimmen, die durch internationale Zusagen über die Lieferung von Brennstoff für zivile Kernkraftwerke flankiert würde. Eine ähnliche Regelung ist für die koreanische Halbinsel vorgesehen.

Und schließlich sind Inspektionen durch internationale Experten, so wie sie von den Vereinten Nationen, der IAEA und der Chemiewaffenbehörde (OPCW) durchgeführt werden, weiterhin ein wichtiges und wirksames Instrument zur Verifizierung, das genutzt und weiterentwickelt werden sollte. Internationale Inspektionen stehen nicht in Widerspruch zu nationalen Verifizierungsmaßnahmen. Im Gegenteil, die Datenerhebungsver-

fahren können sich gegenseitig ergänzen. Viele Staaten verfügen über keine eigenen Mittel zur Verifizierung und sollten dadurch nicht von anderen abhängig werden. Staaten, die selbst solche Quellen besitzen, könnten ihre Informationen in einer Art Einbahnstraßen-Regelung an die internationalen Verifizierungssysteme liefern. Internationale Berichte können den Regierungen auch die Chance bieten, ihre nationalen Systeme einer Qualitätskontrolle zu unterziehen und ihre Ergebnisse bestätigen zu lassen.

Schlussbemerkungen

Eine der größten Herausforderungen für die derzeitige Generation politischer Führer besteht darin, mit der bemerkenswerten Kriegs- und Zerstörungskapazität fertig zu werden, die die Menschheit erlangt hat und die sich in ihrer schlimmsten Form in Kernwaffen manifestiert. Es ist absolut unerlässlich, dass wir die Abrüstung wieder in Gang bringen und mit verdoppelten Anstrengungen eine weitere Proliferation derartiger Waffen verhindern. Den heutigen Bedrohungen unserer Sicherheit können wir nicht mit der Herangehensweise des Kalten Krieges begegnen. Wir brauchen eine kühle Analyse der real vor uns liegenden Herausforderungen und zeitgemäße Antworten auf die Bedrohungen.

Es sind zwar einige wirklich besorgniserregende Entwicklungen festzustellen, aber insgesamt schätze ich die Aussichten für Frieden und Abrüstung als gut ein. Wir brauchen keine neue *Roadmap* oder bahnbrechende politische Formel. Der Weg, der vor uns liegt, mag zwar nicht einfach sein, aber wir kennen ihn. Die Pläne für Fortschritte liegen auf dem Tisch. Ein großer Teil der Verantwortung liegt bei den Staaten, die Kernwaffen besitzen – aber wir alle müssen das Unsere dazutun.

Hans Blix

Prof. Dr. Hans Blix ist Vorsitzender der *International Commission on Weapons of Mass Destruction*, Stockholm, und Mitglied des Internationalen Beirats des BICC.

Globale Trends bei Verteidigungsausgaben, Streitkräftestärke, Waffeneinfuhren und Militarisierung

Der Gesamttrend hin zu erneuter globaler Aufrüstung, der Ende der 1990er Jahre begann und nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 einen markanten Anstieg zeigte, setzte sich auch im gesamten Jahr 2006 – dem letzten Jahr, für das umfassende Zahlen vorliegen – fort. Zwischen 2001 und 2006 nahmen die weltweiten Militärausgaben real um etwa 30 Prozent zu (siehe Tabelle I). Für 2006 beliefen sie sich auf geschätzte 1,179 Billionen US-Dollar, berechnet auf der Basis internationaler Marktwechsellkurse zu konstanten Preisen von 2005. Fast die Hälfte des Gesamtbetrags entfiel auf die Verteidigungsausgaben der USA, die sich auf insgesamt 528 Milliarden US-Dollar beliefen¹. Die kontinuierliche Erhöhung des US-Verteidigungshaushalts in den vergangenen sechs Jahren war somit für einen beträchtlichen Teil des Gesamtanstiegs der weltweiten Verteidigungsausgaben im selben Zeitraum verantwortlich. Aber auch unabhängig von den USA haben die Verteidigungsausgaben weltweit zwischen 2001 und 2006 zugenommen, wenn auch nur mit einer relativ niedrigen Zuwachsrate von ca. 15 Prozent. Von den 171 Staaten, die vom BICC untersucht wurden, haben 69 ihren Verteidigungshaushalt in den letzten Jahren deutlich erhöht, während nur in 22 Ländern eine spürbare und dauerhafte Senkung der Militärausgaben festzustellen war.

Tabelle I: Geschätzte globale Militärausgaben 2001-2006 in Milliarden US-Dollar (zu Marktwechsellkursen in konstanten Preisen von 2005)²



In der OECD lagen die Militärausgaben etwa neunmal so hoch wie die Ausgaben für die staatliche Entwicklungszusammenarbeit. Während sich die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) 2006 auf 104 Milliarden US-Dollar belief, wendeten die 30 OECD-Mitgliedstaaten 891 Milliarden US-Dollar für die Verteidigung auf.

Neben den USA hatten folgende Staaten 2006 die größten Militärhaushalte: Großbritannien (59 Milliarden US-Dollar), Frankreich (53 Milliarden US-Dollar), China (50 Milliarden US-Dollar) und Japan (44 Milliarden US-Dollar). Es ist allerdings zu beachten, dass diese Zahlen anhand von Marktwechsellkursen errechnet wurden und ausschließlich die staatlichen Mittelzuweisungen erfassen, die überwiegend an die Verteidigungsministerien fließen. Somit repräsentieren diese Zahlen nicht unbedingt die tatsächlichen Mittel, die den Militärapparaten zur Verfügung standen, und sie spiegeln auch nicht immer deren relative Größe und Kapazität wider. So sind z.B. in den oben genannten Verteidigungsausgaben der USA die für den „Krieg gegen den Terrorismus“ aufgewandten Ressourcen, die in erster Linie durch außerplanmäßige Sonderzuweisungen bereit gestellt werden, nicht enthalten (2006 waren dies etwa 120 Milliarden US-Dollar). Außerdem sind viele Militärapparate – allen voran die chinesische Volksbefreiungsarmee – unternehmerisch tätig, wobei die erwirtschafteten Profite dem offiziellen staatlichen Haushalt in der Regel nicht zugeschlagen werden. Das Gleiche gilt für Indonesien, wo die offiziellen Verteidigungsaufwendungen der Regierung Schätzungen zufolge lediglich ein Drittel der gesamten Mittel des Militärs ausmachen.

Um Vergleiche zwischen den Verteidigungshaushalten zweier oder mehrerer Staaten zu ermöglichen, ist es sinnvoll, die Militärausgaben in BIP-Kaufkraftparität (PPP) auszudrücken. Das gilt besonders dann, wenn die betreffenden Staaten über eine große eigene Rüstungsindustrie verfügen. Allerdings sind die so gewonnenen Daten auf grobe Schätzungen angewiesen und daher nicht sehr zuverlässig. Am Beispiel Chinas wird das deutlich: Berücksichtigt man PPP-Schätzwerte und Einkünfte, die das Militär selbst erwirtschaftet, so belaufen sich die Militärausgaben Chinas auf wesentlich mehr als die of-

¹ Diese Zahl beinhaltet nicht nur den Etat des US-Verteidigungsministeriums, sondern auch militärbezogene Ausgaben anderer staatlicher Organe, insbesondere des Energieministeriums.

² Diese Angaben weichen von denen im letzten BICC-Jahresbericht ab, weil die Dollarbeträge auf der Basis eines anderen Jahres berechnet wurden.



„Zunehmende Aufrüstung als Folge regionaler Spannungen ist auch in Teilen Ost- und Südostasiens zu beobachten.“

fiziellen 50 Milliarden US-Dollar. Die Zahlen variieren hier je nach Datenquelle von 117 Milliarden US-Dollar bis 188 Milliarden US-Dollar.

Militärausgaben nach Regionen

Wenngleich bei den globalen Militärausgaben insgesamt eine Zunahme festzustellen war, zeigten sich bei regionaler Betrachtung deutliche Unterschiede. Die Regionen mit den weitaus höchsten Ausgaben in absoluten Zahlen waren Nordamerika und Westeuropa (siehe Tabelle II). Während jedoch die Verteidigungsausgaben in Nordamerika von 2001 bis 2006 um 52 Prozent stiegen – was die höchste Zuwachsrate weltweit bedeutet – nahmen sie in Westeuropa im selben Zeitraum nur um vier Prozent zu. Damit war Westeuropa weltweit die Region mit der geringsten Steigerungsrate. Tatsächlich sind die Militärausgaben hier seit 2004 sogar gesunken, was in erster Linie auf Kürzungen in den Wehretats Deutschlands und Italiens zurückzuführen ist (siehe Kästen zu Rüstungstrends in Deutschland).

einiger vertrauensbildender Maßnahmen, die seit dem Waffenstillstand von 2003 versuchsweise initiiert wurden, geht das Wettüben weiter, und beide Seiten bauen ihre Streitkräfte beständig aus.

Zunehmende Aufrüstung als Folge regionaler Spannungen ist auch in Teilen Ost- und Südostasiens zu beobachten, wo insbesondere China, Südkorea, Indonesien, Malaysia und Singapur einen wachsenden Anteil ihrer Ressourcen für den Ausbau ihres Militärs einsetzen. Insbesondere die Militärausgaben Chinas sind mehreren Quellen zufolge zwischen 2001 und 2006 um 77 Prozent gestiegen, doch ist die genaue Zahl aufgrund mangelnder Transparenz wie gesagt umstritten. China hat Taiwan 2007 erneut mit einem militärischen Angriff für den Fall gedroht, dass es sich für unabhängig erklären sollte.

Regionale Instabilität im Nahen Osten hat eine Reihe von Ländern in der Region dazu veranlasst, ihre militärischen Kapazitäten auszubauen. Vor allem der Iran und Saudi-Arabien wetteifern mit militärischen Machtprojektionen

Tabelle II: Militärausgaben nach Region 2001 – 2006 in Milliarden US-Dollar (zu Marktwechsellkursen in konstanten Preisen von 2005)

Region	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Nordamerika	357	399	453	493	518	542
Westeuropa	226	231	239	242	239	234
Ost- und Südostasiens	120	127	134	138	144	150
Naher Osten und Nordafrika	63	61	64	70	79	81
Osteuropa, Kaukasus und Russland	61	63	64	64	70	76
Zentral- und Südasien	28	28	30	31	34	36
Lateinamerika und Karibik	32	33	30	30	33	35
Australasien	12	13	13	14	14	15
Subsahara-Afrika	9	9	9	9	10	10

In den Regionen Zentral- und Südasien, Ost- und Südostasiens, Nahost/Nordafrika und Osteuropa/Kaukasus/Russland stiegen die Militärausgaben seit 2001 im Durchschnitt um 25 bis 30 Prozent.

Der Zuwachs der Verteidigungsausgaben in Südasien ist vor allem dem anhaltenden indisch-pakistanischen Konflikt über die Kaschmir-Region zuzuschreiben. Trotz

um regionalen Einfluss. Eine deutliche Zunahme der Verteidigungsausgaben war auch in Kuwait und Oman zu beobachten. Seit 2001 hat sich kein einziges Land in der Region ernsthaft darum bemüht, seine Militärausgaben nachhaltig zu reduzieren.

Ein uneinheitlicheres Bild bietet sich in Osteuropa. Auf der einen Seite haben die russischen Militärausgaben von 2001 bis 2006 beträchtlich zugenommen. In Reak-

„Die kleinste Zuwachsrate zeigten Staaten mit geringer menschlicher Entwicklung.“

tion auf die Pläne der Vereinigten Staaten, in Osteuropa ein Raketenabwehrsystem aufzustellen, erklärte Russland 2007 seine Absicht, die Militärausgaben im Laufe der kommenden Jahre weiter zu erhöhen. Auf der anderen Seite haben einige osteuropäische Länder ihre Verteidigungsetats seit 2001 verkleinert. Am deutlichsten ist dies auf dem Balkan, wo Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien, Mazedonien und Albanien ihre Militärhaushalte um insgesamt fast 30 Prozent reduziert haben. Kroatien, Mazedonien und Albanien vollziehen derzeit weit reichende Verteidigungsreformprozesse, die darauf abzielen, kleine, moderne, effektive und einsatzfähige Berufstreitkräfte zu schaffen³.

Mit Ausnahme Australasiens sind die Regionen, die dem Militär die geringsten Ressourcen zuwenden, gleichzeitig die ärmsten, was die wirtschaftliche und menschliche Entwicklung angeht. Sowohl in Lateinamerika als auch in Subsahara-Afrika wurden die Militäretats zwischen 2001 und 2006 im Durchschnitt lediglich um zehn Prozent aufgestockt. Während die Verteidigungsausgaben in Kolumbien und Chile deutlich zugelegt haben, stehen Guatemala, El Salvador, die Dominikanische Republik und Uruguay offenbar in einem langfristigen Prozess der Kürzung ihrer Verteidigungsetats. In Afrika südlich der Sahara hat Liberia seine Verteidigungsausgaben nach dem Ende

des Bürgerkriegs 2003 im Zuge eines umfassenden Demobilisierungsprogramms deutlich verringert.

Militärausgaben und Entwicklungsstand

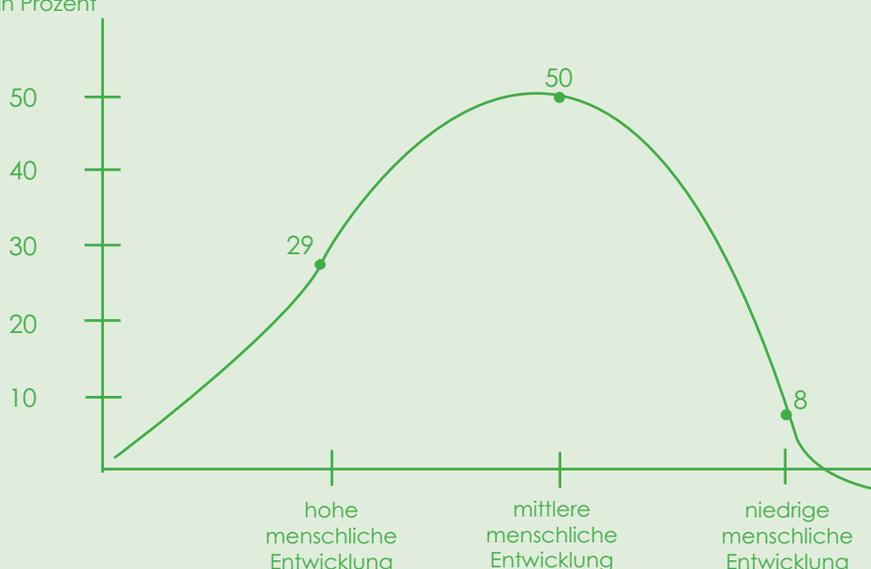
Die Verteidigungsausgaben der verschiedenen Länder weisen Unterschiede auf, die hier mit ihrem allgemeinen Entwicklungsstand in Zusammenhang gebracht werden. Staaten, denen das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) ein hohes Niveau menschlicher Entwicklung bescheinigt, steigerten ihre Militärausgaben von 2001 bis 2006 um insgesamt 29 Prozent (wird der US-Verteidigungshaushalt ausgeklammert, waren es allerdings nur sieben Prozent). Im Vergleich dazu nahmen die Militärausgaben in Ländern mit mittlerem Niveau menschlicher Entwicklung im selben Zeitraum wesentlich stärker zu, nämlich um 50 Prozent. Die kleinste Zuwachsrate zeigten Staaten mit geringer menschlicher Entwicklung. Hier stiegen die Verteidigungsetats zwischen 2001 und 2006 lediglich um acht Prozent (siehe Abbildung 1).

Abgesehen von den Vereinigten Staaten sind es große aufstrebende Schwellenländer mit rasch wachsenden Volkswirtschaften, wie z.B. China, Indien, Indonesien und Pakistan sowie Russland, in denen sich der aktuelle globale Trend zur Aufrüstung am deutlichsten zeigt. Im Gegensatz dazu sind die Militärausgaben in den hoch industrialisierten und wohlhabenden Ländern, insbesondere in Westeuropa, im Wesentlichen gleich bleibend oder sogar rückläufig.

Auch in den ärmsten Ländern spiegelt sich der weltweite Anstieg der Verteidigungsetats nicht in vergleichbarer Weise. Damit ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass in einem großen Teil der am wenigsten entwickelten Regionen dieser Erde die menschliche Entwicklung durch exzessive Militär-

Anstieg der
Militärausgaben
(2001–2006)
in Prozent

Abbildung 1



³ Siehe dazu BICC Brief 34.

Deutschland: „Die Militärausgaben begannen wieder zu steigen – zunächst von 27,87 Milliarden Euro 2006 auf 28,4 Milliarden Euro 2007.“

Wieder steigende Rüstungsausgaben in Deutschland seit 2006

Die Militärausgaben Deutschlands sind im europäischen Vergleich eher gering und im Zeitraum zwischen 2001 und 2006 um insgesamt etwa neun Prozent gesunken. Obgleich in absoluten Zahlen an dritter Stelle hinter Frankreich und Großbritannien, belief sich der bundesdeutsche Verteidigungshaushalt relativ zum Bruttoinlandsprodukt 2006 auf 1,3 Prozent und lag damit deutlich unter dem westeuropäischen Durchschnitt von 1,7 Prozent.

2006 setzte jedoch eine Trendwende in der deutschen Rüstungspolitik ein: die Militärausgaben begannen wieder zu steigen – zunächst von 27,87 Milliarden Euro 2006 auf 28,4 Milliarden Euro 2007. Das neue Haushaltsgesetz, welches am 30. November 2007 vom Bundestag beschlossen wurde, sieht für das Jahr 2008 im „Einzelplan 14“ einen Verteidigungsetat von 29,45 Milliarden Euro vor. Die schrittweise Erhöhung der deutschen Rüstungsausgaben soll offenbar auch in der künftigen Finanzplanung fortgesetzt werden und bis zum Jahr 2010 die 30-Milliarden-Marke überschreiten.

Steigende Investitionen bei sinkenden Betriebsausgaben

Überdies zeichnet sich eine Verschiebung bei der Verwendung der Ausgaben aus. Die Mittel für den rüstungsinvestiven Bereich stiegen zwischen 2007 und 2008 um 1,3 Prozent. Es wird beabsichtigt, die Investitionsquote des Verteidigungshaushalts von derzeit etwa 25 Prozent bis 2012 auf 30 Prozent zu erhöhen. Parallel zur Investitionssteigerung sinkt der Anteil der Betriebsausgaben im Etat. Einsparungen können hier insbesondere im Personalbereich gemacht werden. Der Personalbestand der Bundeswehr hat zwischen 2001 und 2008 um etwa 20 Prozent abgenommen, nämlich von 308.400 Soldaten (2001) auf 244.800 Soldaten (2008). Dies konnte u.a. dadurch erreicht werden, dass immer mehr Funktionen, vor allem im Logistik-, Instandsetzung- und IT-Bereich, an private Unternehmen ausgelagert wurden.

Die Erhöhung der Gesamtausgaben bei gleichzeitigen Einsparungen in den laufenden Betriebsausgaben soll zum einen dazu beitragen, die teuren Auslandseinsätze der Bundeswehr auch weiterhin finanzieren zu kön-

nen. Anfang 2008 beteiligte sich die Bundeswehr mit insgesamt etwa 6.640 Soldaten an acht Einsätzen im Ausland. Die größten davon waren die ISAF-Mission in Afghanistan (3.350 Soldaten) sowie der KFOR-Einsatz im Kosovo (2.200 Soldaten). Die Kosten für diese Einsätze belaufen sich auf etwa eine Milliarde Euro jährlich und waren in der Vergangenheit meist deutlich teurer als ursprünglich in der Haushaltsplanung vorgesehen.

Gleichzeitig soll die Erhöhung der Investitionsausgaben die Beschaffung neuer bzw. Modernisierung bereits vorhandener Waffensysteme finanzieren. So plant das Heer die Anschaffung von 272 gepanzerten Transportfahrzeugen „Boxer“ für 891 Millionen Euro. Mit der Herstellung ist die ARTEC GmbH in München beauftragt, die u.a. auch den deutschen Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall gehört. Ebenso wurden für 2,2 Milliarden Euro vier Fregatten vom Typ 125 sowie für 864 Millionen Euro zwei U-Boote der Klasse 212A bestellt, die bis 2012/2013 ausgeliefert werden sollen. An der Fertigung sind die Unternehmen Howaldtswerke-Deutsche Werft und die Nordseewerke beteiligt. An die deutsche Niederlassung der Eurocopter-Gruppe ging schließlich der Auftrag, für zunächst 176,6 Millionen Euro eine umfassende Modernisierung der CH-53 Transporthubschrauberflotte der Bundeswehr vorzunehmen.

Deutscher Rüstungsexport

Nicht nur das Verteidigungsministerium ist ein wichtiger Kunde deutscher Rüstungsfirmen. Auch der Export deutscher Rüstungsgüter ins Ausland hat 2006 beträchtlich zugenommen. Zwar war der Wert der Kriegswaffenausfuhren mit 1,3 Milliarden Euro gegenüber 1,6 Milliarden Euro in 2005 rückläufig. Der Wert der erteilten Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter ist hingegen von 6,2 Milliarden Euro (2005) auf 7,7 Milliarden Euro (2006) gestiegen. Rüstungsexporte im Wert von 933 Millionen Euro gingen 2006 in Entwicklungsländer. Deutschland ist damit in der Europäischen Union der größte, weltweit hinter den Vereinigten Staaten und Russland der drittgrößte Exporteur von Rüstungsgütern.

mvb

„2006 standen Schätzungen zufolge 27,73 Millionen Menschen im Dienst nationaler Streitkräfte.“

ausgaben ernsthaft beeinträchtigt wird. So stellen z.B. die Regierungen in Zentralasien und in einigen Ländern Subsahara-Afrikas mehr Ressourcen für das Militär als für das Gesundheitswesen bereit (siehe Tabelle III).

Tabelle III: Ausgaben für Verteidigung und Gesundheitswesen im Vergleich

	Militär- ausgaben/BIP	Gesundheits- ausgaben/BIP
Zentralasien		
Afghanistan	8,9 %	4,4 %
Kirgisistan	10,5 %	5,6 %
Tadschikistan	6,2 %	4,4 %
Usbekistan	15,0 %	5,1 %
Subsahara-Afrika		
Angola	3,6 %	1,9 %
Burundi	5,9 %	3,2 %
Eritrea	6,2 %	4,5 %

Globale Trends in der Personalstärke der Streitkräfte und der paramilitärischen Kräfte

Trotz der globalen Zunahme der Militärausgaben ist die Zahl der bei den regulären Streitkräften und paramilitärischen Kräften beschäftigten Personen seit 2001 leicht rückläufig (siehe Tabelle IV). 2006 standen Schätzungen zufolge 27,73 Millionen Menschen im

Dienst nationaler Streitkräfte, was gegenüber 2001 einen Rückgang um rund zwei Prozent bedeutet⁴. Das legt den Schluss nahe, dass zusätzliche Finanzmittel in erster Linie dazu verwendet werden, neue Waffensysteme zu beschaffen und/oder vorhandene zu modernisieren.

Tabelle IV: Personalstärke regulärer Streitkräfte und paramilitärischer Kräfte 2001 – 2006 in Millionen

2001	2002	2003	2004	2005	2006
28,24	28,17	27,99	28,10	27,86	27,73

Tabelle V: Länder mit der höchsten regulären und paramilitärischen Personalstärke 2006. Zahl der Soldaten in Millionen

1	China	3,76
2	Indien	2,62
3	Vereinigte Staaten	1,51
4	Rusland	1,45
5	Nordkorea	1,30

⁴ In dieser Zahl werden nur staatliche Streitkräfte berücksichtigt. Personen, die bei nicht staatlichen bewaffneten Gruppen in Dienst stehen oder beschäftigt sind, sind nicht erfasst.

Tabelle VI: Militärische Personalstärke nach Regionen, 2001-2006, in Millionen

Region	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Ost- und Südostasien	9,08	9,09	9,08	9,10	9,10	9,09
Zentral- und Südasien	4,02	4,07	4,13	4,37	4,37	4,36
Naher Osten und Nordafrika	3,77	3,73	3,71	3,66	3,65	3,63
Osteuropa, Kaukasus und Russland	4,06	3,94	3,83	3,83	3,62	3,47
Lateinamerika und Karibik	2,10	2,11	2,12	2,13	2,08	2,18
Nordamerika	1,49	1,53	1,54	1,60	1,62	1,58
Westeuropa	1,98	1,98	1,92	1,91	1,88	1,81
Subsahara-Afrika	1,67	1,66	1,57	1,54	1,52	1,47
Australasien	0,06	0,06	0,07	0,07	0,07	0,07



„In Subsahara-Afrika führten Demobilisierungsprogramme (...) zu einem Abbau der Truppenstärke um zwölf Prozent.“

Militärisches und paramilitärisches Personal nach Regionen

Die höchste Zahl von Soldaten steht in Ostasien in Dienst, vor allem in China, das gemessen an personeller Stärke weltweit die größten Streitkräfte unterhält (siehe Tabelle V). China plant jedoch seine Streitkräfte zu verkleinern und gleichzeitig die Ausbildung und Ausrüstung zu verbessern. Eine weitere deutliche Zunahme war in Indonesien zu beobachten, nämlich von 492.000 Soldaten im Jahr 2001 auf 582.000 im Jahr 2006. Doch auch nach dieser personellen Verstärkung haben die indonesischen Streitkräfte weiterhin große Mühe, in diesem territorial großen Staat für Stabilität zu sorgen. Auch 2007 waren gewaltsame Zusammenstöße zwischen Muslimen und Christen in vielen Gebieten Indonesiens immer noch an der Tagesordnung.

Entgegen dem allgemeinen globalen Trend zum Truppenabbau war in Zentral- und Südasiens, Lateinamerika und Nordamerika eine Zunahme der regulären Truppen und/oder paramilitärischen Kräfte um durchschnittlich vier bis acht Prozent zu beobachten. Die bedeutendste Zunahme war sicherlich die Aufstockung der US-Streitkräfte von 1,48 Millionen Soldaten 2001 auf 1,58 Millionen 2006 zur Deckung des zusätzlichen Personalbedarfs für die großen Auslandseinsätze im „Krieg gegen den Terrorismus“.

In den Ländern des Nahen Ostens ist die Truppenstärke zwischen 2001 und 2006 um rund vier Prozent zurückgegangen. Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung war natürlich die Auflösung der irakischen Streitkräfte nach der Invasion durch die Vereinigten Staaten 2003. Im Gegensatz dazu hat jedoch eine beträchtliche Zahl anderer Länder in der Region ihren Militärapparat stetig ausgebaut. Ein Beispiel hierfür ist Saudi-Arabien: Im Rahmen der allgemeinen Aufrüstung des Landes sind die Streitkräfte von 2001 bis 2006 von 217.000 auf 241.000 verstärkt worden.

In Europa dagegen ging der Trend hin zu einer Verkleinerung der Streitkräfte. In Westeuropa nahm die Zahl der Soldaten zwischen 2001 und 2006 um neun Prozent ab, in erster Linie aufgrund des Truppenabbaus in Deutschland und Großbritannien (siehe Kasten zu Rüstungstrends in Deutschland). Die deutlichste Reduzierung der Streitkräfte fand allerdings in Osteuropa statt, wo die Truppenstärke infolge der Demobilisierung auf

dem Balkan (Bosnien-Herzegowina, Kroatien) und den Verteidigungsreformprogrammen der neuen NATO-Mitglieder um 15 Prozent zurückging.

In Subsahara-Afrika führten Demobilisierungsprogramme in Liberia, der Demokratischen Republik Kongo, Äthiopien und Angola ebenfalls zu einem Abbau der Truppenstärke um insgesamt zwölf Prozent.

Trends bei Waffeneinfuhren nach Regionen 2001 bis 2006

Die wertmäßig größte Menge an Waffen – in absoluten Zahlen – wurde zwischen 2001 und 2006 nach Ostasien und in den Nahen Osten exportiert (siehe Tabelle VII). In diesem Zeitraum war China mit Einfuhren von Waffensystemen im Wert von rund 26,680 Milliarden US-Dollar – in erster Linie Kampfflugzeugen aus Russland – der größte Waffenimporteure weltweit. Russland exportierte auch Flugzeugtechnologie nach Laos, das zwischen 2001 und 2006 mehr als 50 Prozent seiner gesamten Militärausgaben für die Waffenbeschaffung auf dem internationalen Markt einsetzte (siehe Tabelle VIII). Die kommunistische Regierung von Laos steht in einem langjährigen Konflikt mit royalistischen Kräften der Volksgruppe der Hmong. Laut Berichten von Menschenrechtsbeobachtern ist es in diesem Konflikt während des Jahres 2007 zu mehreren organisierten Angriffen des laotischen Militärs gegenüber Zivilisten gekommen.

Im Nahen Osten wandten die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) mehr Geld für Waffeneinfuhren auf als jedes andere Land der Region, seit 2001 insgesamt 10,810 Milliarden US-Dollar. Die wichtigsten Lieferanten der VAE waren Frankreich und die Vereinigten Staaten, von denen in erster Linie Flugkörper und Kampfflugzeuge bezogen wurden.

„In Südasien wurden die meisten Waffen von Indien (...) und Pakistan (...) eingeführt.“

Tabelle VII: Waffeneinfuhren nach Regionen 2001 – 2006 in Milliarden US-Dollar zu konstanten Preisen von 2005

Ost- und Südostasien	49,440
Naher Osten und Nordafrika	39,498
Osteuropa	25,135
Zentral- und Südasien	22,149
Westeuropa	21,407
Lateinamerika und Karibik	9,726
Australasien	7,393
Nordamerika	6,659
Subsahara-Afrika	6,332

Innerhalb Europas war Griechenland der bei weitem größte Waffenimporteur. Seit 2001 hat das Land Waffen im Wert von rund 11,870 Milliarden US-Dollar hauptsächlich aus Frankreich und den USA (Flugkörper, Kampfhubschrauber, Flugzeuge) sowie aus Deutschland (überwiegend Panzer) bezogen. An zweiter und dritter Stelle lagen Großbritannien (Importe im Wert von 5,060 Milliarden US-Dollar) und Italien (3,299 Milliarden US-Dollar), wobei die meisten Einfuhren beider Länder aus den Vereinigten Staaten kamen. Im Gegensatz dazu tätigten die Streitkräfte Frankreichs und Deutschlands weitaus weniger Waffenimporte, zwischen 2001 und 2006 machten sie lediglich 0,1 bzw. 0,5 Prozent der gesamten Verteidigungsausgaben dieser beiden Länder aus. Ebenso wie die USA beziehen diese Länder ihre Waffen in erster Linie von der einheimischen Rüstungsindustrie und weniger von ausländischen Herstellern.

In Südasien wurden die meisten Waffen von Indien – dem mit Importen im Wert von 16,59 Milliarden US-Dollar zweitgrößten Waffenimporteur weltweit – und Pakistan (3,666 Milliarden US-Dollar) eingeführt. Während Russland der bei weitem wichtigste Waffenlieferant für Indien war, bezog Pakistan den größten Teil seiner Rüstungsimporte aus China. Allerdings erhielten beide Länder auch beträchtliche Waffenlieferungen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Ungeachtet

des EU-Verhaltenskodexes für Waffenexporte von 1998, der den Export von Waffen verbietet, wenn die Gefahr besteht, dass sie zur Destabilisierung einer Region beitragen könnten (Kriterium 4), beliefen sich die Waffenexporte aus der EU von 2001 bis 2006 nach Indien auf rund 1,876 Milliarden US-Dollar und nach Pakistan auf rund 1,076 Milliarden US-Dollar. Pakistan schloss 2007 außerdem mit Deutschland einen Beschaffungsvertrag im Wert von 1,2 Milliarden Euro über drei U-Boote des Typs U-214 ab.

In Lateinamerika wurden die meisten Waffen nach Chile geliefert, das Waffensysteme im Wert von insgesamt 2,882 Milliarden US-Dollar importierte – hauptsächlich U-Boote (aus Frankreich und Spanien) und Fregatten (aus den Niederlanden und Großbritannien).

In Subsahara-Afrika hat Südafrika ebenfalls beträchtliche Mittel in die Modernisierung seiner Seestreitkräfte investiert. Mit den seit 2001 getätigten U-Boot- und Fregattenimporten aus Deutschland war es in absoluten Zahlen der größte Waffenimporteur auf dem afrikanischen Kontinent.

Relativ gesehen hat vor allem Eritrea enorme Ressourcen für die Rüstungsbeschaffung aufgewandt. Zwischen 2001 und 2006 machten Waffenimporte *de facto* über 70 Prozent der gesamten Militärausgaben des Landes aus (siehe Tabelle VIII). Fast alle eritreischen Waffenimporte waren russischer Herkunft, wobei es sich hauptsächlich um Kampfflugzeuge handelte. Angesichts der 2007 erneut verstärkten Spannungen im Grenzkonflikt zwischen Eritrea und Äthiopien sind diese massierten Waffenkäufe eine äußerst Besorgnis erregende Entwicklung.

Tabelle VIII: Die größten Waffenimporteure gemessen am Anteil der Waffenimporte an den gesamten Militärausgaben 2001 – 2006

Eritrea	72,5 %
Sambia	58,3 %
Laos	52,1 %
VAE	50,3 %
Äquatorialguinea	44,4 %

„Die Verteidigungsausgaben pro Kopf betragen weltweit 180 US-Dollar.“

Globale Militarisierung

2006 belief sich der Anteil der weltweiten Militärausgaben an der Gesamtsumme des Bruttoinlandsprodukts auf 2,7 Prozent; die Verteidigungsausgaben pro Kopf betragen weltweit 180 US-Dollar. Das zahlenmäßige Verhältnis von Zivilisten zu Soldaten lag weltweit bei 251 zu 1. Wie Tabelle IX jedoch zeigt, variierte der Grad der Militarisierung von Region zu Region gewaltig.

Im Hinblick auf die Verteidigungsausgaben als Anteil des BIP und die Zahl der Bürger je Soldat war der Nahe Osten die am stärksten militariserte Region der Welt. Dies ist besonders auffällig in Syrien, Oman und Saudi-Arabien (siehe Tabelle X). Im Gegensatz dazu wiesen Subsahara-Afrika ebenso wie Lateinamerika die geringsten Militärkapazitäten im Verhältnis zum BIP und zur Zahl der Bürger auf. Dennoch zeigten einige Länder insbesondere in Subsahara-Afrika, wie z.B. Angola, Burundi oder Guinea-Bissau, einen Militarisierungsgrad, der weit über dem Weltdurchschnitt lag. In Eritrea betrug das Verhältnis Bürger zu Soldaten 14:1.

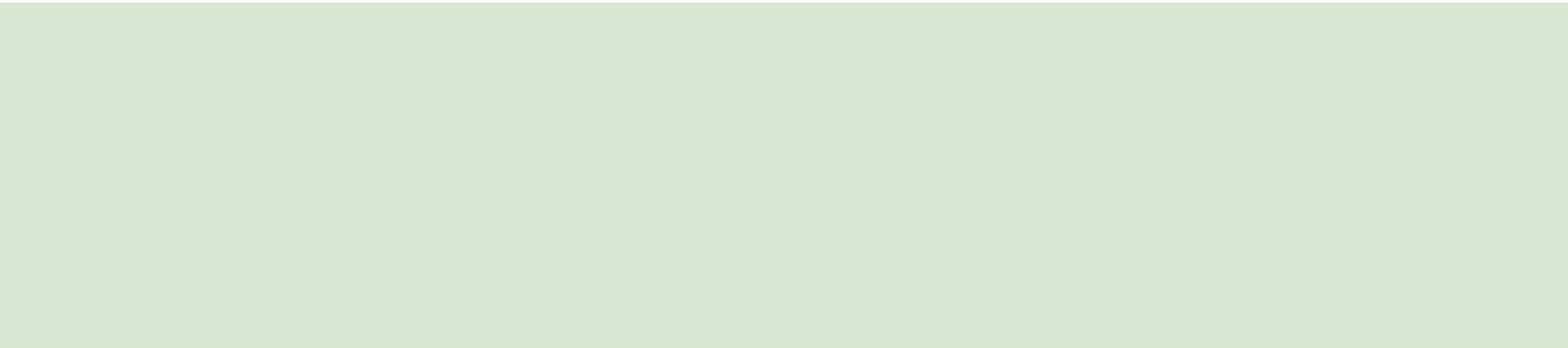
Marc von Boemcken

Tabelle X: Die Länder mit den höchsten Militärausgaben als Anteil des BIP, 2006

1	Syrien	16,3 %
2	Usbekistan	15,0 %
3	Oman	13,1 %
4	Kirgisistan	10,5 %
5	Saudi-Arabien	9,7 %

Tabelle IX: Militarisierung nach Regionen 2006

	Militärausgaben als Anteil des BIP in Prozent	Militärausgaben pro Kopf in US-Dollar	Bürger je Soldat
Naher Osten und Nordafrika	5,9	261	84
Nordamerika	3,9	1.648	209
Osteuropa, Kaukasus und Russland	3,6	237	121
Zentral- und Südasiens	3,0	23	365
Ost- und Südostasien	2,3	101	284
Australasien	1,8	581	395
Westeuropa	1,7	252	513
Subsahara-Afrika	1,5	16	447
Lateinamerika und Karibik	1,2	57	268





Projektberichte

Neuer Datenbankservice untersucht Rohstoffreichtum und Konflikte

Im März 2008 stellte das BICC einen neuen englischsprachigen Datenbankservice vor – den *Resource Conflict Monitor (RCM)*. Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist es BICC-Experten gelungen, eine Datenbank über 90 rohstoffreiche Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen der letzten elf Jahre zu entwickeln, die Aufschluss über Konflikte, Ressourcenmanagement und Einbindung in internationale Abkommen gibt.

Konflikte sind nicht die logische Folge aus dem Vorkommen natürlicher Ressourcen und deren Nutzung durch verschiedene Parteien. Größere Anstrengungen sind nötig, um herauszufinden, wie Regierungen Probleme bei der Nutzung von Rohstoffen sowie der Umverteilung von Kosten und Einkünften angehen. Genau hier setzt der *Resource Conflict Monitor* des BICC an.

Wie wichtig Ressourcenmanagement für die Wechselwirkung zwischen Rohstoffen und Konflikten ist, lässt sich an zwei Beispielen demonstrieren. Der Export von Edelhölzern, Diamanten und Mineralien bringt z. B. Botswana die nötigen Mittel zur Entwicklung des Landes. Anders sieht es etwa in der Demokratischen Republik Kongo aus. Hier wurde der Reichtum an natürlichen Ressourcen zum Fluch, da er zur Finanzierung von blutigen Konflikten diente, während die Bevölkerung unter extremer Armut, Korruption und dem Versagen ihrer Regierung litt.

Fluch oder Segen? Die Beispiele Botswana und Demokratische Republik Kongo

Der Blick in den *Resource Conflict Monitor* - www.bicc.de/rcm/ - bringt mehr Fakten. Kurvendiagramme geben einen direkten Überblick über Konflikte, Ressourcenmanagement und Einbindung der Länder in internationale Kontroll- und Schutzabkommen.

Über die Demokratische Republik Kongo erfahren wir: von 1997 bis 2005 tobte ein intensiver Gewaltkonflikt (Quelle: Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung), der erst 2005 und 2006 abflachte. Das Ressourcenmanagement umfasst u.a. Indikatoren

wie Regierungsform, Bürger-, Arbeitnehmer und politische Rechte sowie die Einbindung in internationale Abkommen (Quellen u.a. *Freedom House*, Weltbank, BICC). Hier liegt der Wert zwischen 2 und 3 auf der Skala von 10 Punkten. Die Einbindung in internationale Abkommen ist als *Resource Regime Compliance Indicator (RRI)* als eigene Kurve erfasst, in die zwanzig internationale Abkommen einfließen, darunter die Konvention zu Sicherheit und Gesundheit im Bergbau, die Konvention gegen Kinderarbeit, aber auch das Kyoto-Protokoll zu ökologischen Fragen sowie das Kimberley-Abkommen zum konfliktfreien Diamantenhandel. Die Kurve bewegt sich zwischen 2 und 8. Deutlich wird daran, dass auch die Einbindung in internationale Kontrollabkommen zu Konfliktzeiten unterentwickelt ist.

In Botswana stellt sich das Bild völlig anders dar: kein Konflikt in den letzten elf Jahren, das Ressourcenmanagement liegt bei einer Durchschnittsnote von 6,29 und die Kurve zur Einbindung in internationale Verträge nach dem RRI bewegt sich zwischen 7 und 9.

„Wo Entwicklung erfolgreich ist, werden Länder zunehmend sicher vor Gewaltkonflikten, was wiederum die weitere Entwicklung einfacher macht. Wo Entwicklung scheitert, unterliegen Länder dem hohen Risiko, in einer Konfliktfalle zu landen, in der Krieg die Wirtschaft zerstört und das Risiko weiterer Kriege erhöht“¹, lautet die These von Paul Collier, Direktor des Zentrums für Studien Afrikanischer Ökonomien (*Centre for the Study of African Economies*) an der Universität Oxford.

Empirisch gestützte Einsichten in das Ressourcenmanagement von 90 Ländern

Der *Resource Conflict Monitor* bietet empirisch gestützte Einsichten in das Ressourcenmanagement von 90 Ländern. Er geht von folgenden Hypothesen aus:

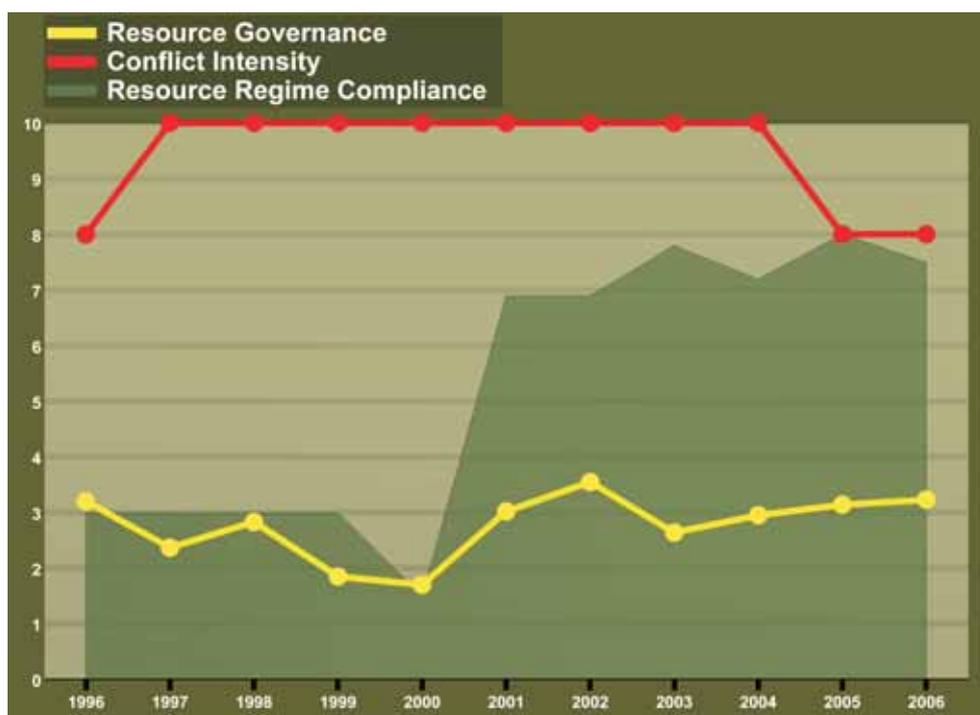
- Je höher die Abhängigkeit von Rohstoffen, desto höher das Risiko / die Intensität eines Gewaltkonflikts.
- Gutes Ressourcenmanagement (dargestellt durch den *Resource Government Index*, RGI) reduziert die Dauer / Intensität eines Gewaltkonflikts.

¹ Collier, Paul et al. 2003. *Breaking the Conflict Trap*. S. 1. London: Oxford University Press.



- Gutes Ressourcenmanagement erhöht die Aussichten auf (dauerhaften) Frieden und reduziert das Risiko eines Gewaltkonflikts.

Die Datenbank soll Diskussionen über neue Optionen und Instrumente der Politik anregen, mit denen ein gutes Ressourcenmanagement in Entwicklungsländern, die für Konflikte anfällig sind, unterstützt und noch verbessert werden kann. Datenbank und Webseite sollen in Zukunft regelmäßig aktualisiert werden. BICC-Experten wollen dabei auch der Frage nachgehen, inwieweit Konflikthanfälligkeit mit dem Vorhandensein von bestimmten Rohstoffen bzw. der Art ihrer Gewinnung zusammenhängt. Schließlich sollen Länderstudien über regionale Entwicklungen und die Implementierung von Ressourcenmanagement Aufschluss geben.



Demokratische Republik Kongo: Die rote Kurve beschreibt die Konfliktintensität, die gelbe das Ressourcenmanagement und die grüne den Resource Regime Compliance Indicator.

In Auswertung des bisher gesammelten umfangreichen Datenmaterials schlussfolgert BICC, dass ein verbessertes Ressourcenmanagement, einschließlich der Einbindung in internationale Kontrollabkommen und Konventionen, eine Schlüsselaufgabe der Entwicklungshilfe sein sollte. Ressourcenmanagement, Good Governance und Transparenz werden durch die Kooperation auf internationaler, regionaler, nationaler und lokaler Ebene gestärkt.

Susanne Heinke

Projekttitle:	Forschung für das BMZ in ausgewählten Themenfeldern an der Schnittstelle zwischen Entwicklung und Sicherheit
Laufzeit:	Januar 2006 bis Dezember 2007
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Koordination:	Dr. Volker Franke
Projektmitarbeit:	Dr. Volker Böge, Daniele Dickmann, Clara Fischer, Dr. Aimee Hampel-Milagro, Marius Kahl, Natalia Krieger, Martin Nambula, Anna Orlandini, Leonie Otten, Wolf-Christian Paes, Jolien Schure, Ruth Vollmer
Publikation:	s. „Publikationsliste“

Frieden entwickeln

Den zivilen Akteuren und Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) wird im Rahmen von Friedensmissionen der Vereinten Nationen eine zentrale Rolle zugewiesen, wenn es darum geht strukturelle Konfliktursachen friedlich zu bearbeiten und einen stabilen Frieden zu schaffen. In einer Vorstudie für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat das BICC eine erste Bestandsaufnahme des Beitrags der deutschen EZ zu Frieden schaffenden Missionen der Vereinten Nationen erarbeitet sowie ein theoretisches Modell entwickelt, das erlaubt das Portfolio deutscher entwicklungspolitischer Akteure in Bezug auf seine Relevanz innerhalb des Friedensprozesses zu untersuchen.

Der Begriff von *Peacebuilding*, der der BICC-Vorstudie zugrunde liegt, beinhaltet die „Summe aller Maßnahmen zur Schaffung lokaler sozialer, politischer und ökonomischer Kapazitäten im Rahmen eines Friedensprozesses, mit dem Ziel der Entwicklung und Festigung entsprechender gesellschaftlicher und institutioneller Strukturen zur langfristigen Vermeidung eines Rückfalls in die Gewalt“¹.

Ziele und Phasen von Friedensprozessen

Ein nachhaltiger Friedensprozess muss sowohl Sicherheit gewährleisten als auch stabile staatliche Institutionen schaffen. Entscheidend ist darüber hinaus, die sozio-ökonomischen Konfliktursachen zu bearbeiten. Hierbei erfüllen zivile wie militärische Akteure Aufgaben in vier eng miteinander verbundenen Sektoren:

- Sicherheit (*security and public order*)
- Gute Regierungsführung (*governance and participation*)
- Rechtsstaatlichkeit (*justice and reconciliation*) und
- Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung (*socio-economic wellbeing*).

Wie aber kann der Friedensprozess in der Bevölkerung verankert werden, wie kann sie am Aufbau friedlicher und stabiler Strukturen aktiv teilhaben? Die EZ relevanten Aktivitäten müssen hierzu nicht nur in allen Sektoren speziellen Infrastrukturmaßnahmen gewidmet sein, sondern auch beitragen, die Beziehungen zwischen den

gesellschaftlichen Gruppen zu verbessern und zu stabilisieren. Um nachhaltige Entwicklung und positiven Frieden zu fördern, muss bei diesen Bemühungen auch die Ebene der Einstellungen – Stichwort „Konfliktattitüden“ und „Feindbilder“ – ausdrücklich mitberücksichtigt werden.

Peacebuilding durch die deutsche EZ – Versuch einer Bestandsaufnahme

Die Vorstudie zeigt, dass die deutsche EZ nach wie vor über Nothilfemaßnahmen hinaus insbesondere in den klassischen entwicklungspolitischen Bereichen Infrastruktur- und Wirtschaftsförderung, Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsunterstützung sowie Verbesserung der Gesundheitsversorgung engagiert ist. Allerdings ist ein wachsendes Engagement auch und gerade im Bereich der Friedenskonsolidierung zu beobachten, insbesondere in den Bereichen DD&R (Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration, im Sektor „Sicherheit“) und *transitional justice* (im Sektor „Rechtsstaatlichkeit“) sowie zur Stärkung guter Regierungsführung.

Inwieweit die Maßnahmen deutscher EZ-Akteure einen Beitrag zur Umsetzung der oben genannten Ziele leisten, analysiert das Projekt in Form von Länderstudien zu Kambodscha und Sierra Leone. Zudem enthalten die BICC-Untersuchungen Auswertungen zu Kroatien, Mosambik, Namibia, Ruanda und Timor-Leste.

Beispiel Sierra Leone

Insgesamt wurden bzw. werden seit Unterzeichnung des Friedensabkommens 1999 18 deutsche EZ Projekte von GTZ, KfW und InWEnt durchgeführt. Der deutsche EZ-Beitrag verdeutlicht den Versuch, die Stabilisierung der Gesellschaft und Überwindung der gravierendsten Missstände – Zusammenbruch des Bildungssektors, mangelnde wirtschaftliche und soziale Perspektiven von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie die erfolgreiche Reintegration von Ex-Kombattanten und die Versöhnung der Kriegsparteien – möglichst schnell und nachhaltig voranzutreiben.

¹ Konzeptpapier. Frieden entwickeln. Der Beitrag der staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu den Friedensmissionen der Vereinten Nationen, Andrea Warnecke, Januar 2008.



Deutsche EZ-Akteure haben sich von Anfang an aktiv in allen Bereichen am Friedensprozess in Sierra Leone beteiligt. Inhaltlich primär war ihr Engagement dem nachhaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbau gewidmet, zumeist mit dem ausgesprochenen Ziel, zur Verbesserung der zwischenmenschlichen Beziehungen beizutragen. Viele der Maßnahmen zielten außerdem direkt durch Friedenserziehung oder Förderung des friedlichen Zusammenlebens auf eine Wahrnehmungs- bzw. Verhaltensänderung ab. Hierzu gehörte die Unterstützung von Aufklärungskampagnen und Sensibilisierung, Versöhnung und interethnischer Dialog sowie psycho-soziale Beratung, Friedenserziehung und Förderung des friedlichen Zusammenlebens.

Weiterer Forschungsbedarf für eine Nachfolgestudie

Inwieweit diese Maßnahmen tatsächlich langfristig auch zu einer kooperativen und friedensmotivierten Einstellung der Bevölkerung Sierra Leones und zu einer Reduzierung des noch immer enorm hohen gesellschaftlichen Konfliktpotenzials führen werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abzuschätzen. Die hier getroffenen Aussagen haben, in Ermangelung verfügbarer Langzeitdaten, noch sehr spekulativen Charakter. Nichtsdestotrotz verdeutlicht die Analyse, dass auch für EZ-Akteure im Feld die Werte- und Einstellungsebene eine ausgesprochen wichtige Komponente nachhaltiger Friedensentwicklung darstellt und diese auch, insbesondere während der Stabilisierungs- und Konsolidierungsbemühungen, unbedingt zu berücksichtigen ist.

Im Einzelnen vermittelt die vorliegende Bestandsaufnahme einen ersten Einblick in das Profil der staatlichen deutschen Entwicklungszusammenarbeit; sie verdeutlicht gleichzeitig aber auch den Bedarf an weiterführender Analyse. Sie sollte im nächsten Schritt durch eine ausführliche Auswertung der Projektdetails ergänzt werden. Hierzu wären Experteninterviews sowohl mit Projektmitarbeitern im BMZ als auch den Durchführungsorganisationen nötig, denn die Recherche hat gezeigt, dass die Qualität der Datenlage sehr stark von dem „institutional memory“ einzelner Mitarbeiter abhängt. Aus den Ergebnissen der vorliegenden Vorstudie ergeben sich eine Reihe konkreter Empfehlungen für die Zielsetzungen einer ausführlicheren Nachfolgestudie:

- systematische Analyse aller relevanten staatlichen und nicht staatlichen deutschen EZ-Akteure;
- empirische Überprüfung der Projektumsetzung insbesondere auf der sozialen und der kognitiv-ideellen Bedarfsebene durch Feldforschung und Experteninterviews in ausgewählten Ländern mit unterschiedlichen Konfliktkontexten;
- Bestimmung von *best practice* Beispielen mit besonderem Augenmerk auf die multinationale Koordination einerseits und die Einbeziehung der Bevölkerung vor Ort andererseits.

Volker Franke

Projekttitle:	Frieden entwickeln
Laufzeit:	August 2007 bis Januar 2008
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Koordination:	Dr. Volker Franke
Projektteam:	Andrea Warnecke, Dr. Gudrun Molkentin, Viktoria Schmitt
Publikation:	s. „Publikationsliste“

Südsudan: Dialog und Aufklärung für Kleinwaffenkontrolle und DD&R

Von August 2007 bis März 2008 führte das BICC im Südsudan ein Projekt zum Kapazitätsaufbau für Kleinwaffenkontrolle und Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DD&R) durch. Gemeinsam mit örtlichen Partnern, Angehörigen der Zivilgesellschaft und der Regierung des Südsudan hielten Experten des Zentrums vier Workshops zu verschiedenen Aspekten der Kleinwaffenkontrolle und vier Lehrgänge zum Thema DD&R ab. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Zusammenarbeit mit lokalen Medien, um das Thema einer breiteren Öffentlichkeit nahe zu bringen. Das Projekt, das an Erfahrungen früherer BICC-Aktivitäten im Südsudan anknüpfte, wurde vom kanadischen Außenministerium gefördert.

Auch drei Jahre nach der Unterzeichnung des Umfassenden Friedensabkommens (*Comprehensive Peace Agreement* - CPA) im Jahr 2005 leidet die Bevölkerung des Südsudan weiterhin unter bewaffneter Gewalt. Nach wie vor befinden sich Kleinwaffen ebenso in den Händen von Zivilisten wie von Soldaten und ihr missbräuchlicher Einsatz auf beiden Seiten hat zur Folge, dass sich die Streitigkeiten zwischen den ethnischen Gruppen verschärfen und das Misstrauen zunimmt.

Vor diesem Hintergrund herrscht im Südsudan Bedarf an mehr Dialog und Aufklärung, um das Bewusstsein und Verständnis der Sicherheits- und Kleinwaffenproblematik zu entwickeln. Die BICC-Programme zum Kapazitätsaufbau richten sich dabei nicht nur an die Regierung (*Top-down-Ansatz*), sondern auch an die Zivilgesellschaft (*Bottom-up*). Durch den Transfer von Wissen, Fähigkeiten und Materialien ist das BICC außerdem bestrebt, einen Multiplikationseffekt zu erzielen, der weit über die Lehrgänge hinaus Wirkung zeigt und den Südsudanern selbst die Verantwortung überträgt.

Kapazitätsaufbau für DD&R....

2007 richtete die für die DD&R zuständige staatliche Behörde, die Kommission für Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration im Südsudan (SSDDRC), in den zehn südlichen Bundesstaaten ein Netzwerk von Außenstellen und Mitarbeitern ein, dem die landesweite Umsetzung der neuen DD&R-Strategie obliegt. Vorgesehen ist z.B., dass die SSDDRC 2008 die Demobilisierung von zunächst 25.000 Soldaten und kurze Zeit später von weiteren 20.000 Soldaten beaufsichtigen soll.

Um die reibungslose und effektive Implementierung dieses Prozesses zu unterstützen, führte das BICC ein Schulungsprogramm für Fachkräfte der SSDDRC in der Zentrale und in den Außenstellen durch. Auf Ersuchen der SSDDRC und in enger Abstimmung mit den zuständigen UN-Agenturen wurden über 80 Männer und Frauen der Kommission in Verfahrensweisen, bester Praxis und internationalen DD&R-Standards ausgebildet. Vier entsprechende Lehrgänge fanden in Rumbek (Lakes State), Malakal (Upper Nile) und Juba (Central Equatoria) statt. Fachliche Grundlage der Schulungen waren die UN-Vorgaben für die integrierte Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (*UN Integrated DDR Standards*), die leicht abgewandelt wurden, um sie den südsudanesischen Gegebenheiten anzupassen. Durchgeführt wurden die Lehrgänge von einem internationalen Ausbilderteam.

... und für Kleinwaffenkontrolle

Parallel dazu führte das BICC in Zusammenarbeit mit *Pact Sudan*, *World Vision Sudan* und dem *Institute for the Promotion of Civil Society* (IPCS) vier zivilgesellschaftliche Workshops durch. Beinahe 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten eine Einführung in die Kleinwaffenproblematik und wurden dabei auch mit den bestehenden und möglichen künftigen Kontrollmechanismen für Kleinwaffen, dem Unterschied zwischen Kleinwaffenkontrolle und DD&R sowie der Rolle der Zivilgesellschaft vertraut gemacht. Die Workshops in Bor (Jonglei State), Yambia (Western Equatoria), Mayendit (Unity State) und Yei (Central Equatoria) hatten zwar ähnliche Inhalte, variierten aber in ihrer Zielsetzung je nach der Teilnehmerschaft und dem lokalen Kontext.

Der Erfolg der Maßnahmen soll sich letztlich nicht nur daran messen lassen, in welchem Umfang Wissen transferiert wurde, sondern auch daran, in welchem Maße diese Kenntnisse angewandt und in vielfältigen Formen der Aufklärung weiterverbreitet werden können.

Anders gesagt – die schwierigste Aufgabe bestand nicht etwa darin, die Workshopbesucherinnen und -besucher von der Notwendigkeit der Kleinwaffenkontrolle zu überzeugen, sondern davon, dass sie tatsächlich selbst dazu beitragen können. Bislang gibt es im Südsudan noch kein nationales Waffenkontrollprogramm und vieles bleibt



den Behörden auf bundesstaatlicher und Bezirksebene überlassen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollten ermutigt werden, ihren Einfluss bei diesen Institutionen und in ihren Gemeinden geltend zu machen, um den Boden vorzubereiten, auf dem später einmal ein allgemeines Waffenkontrollprogramm gedeihen kann.

Bewusstsein schaffen durch Medieneinsatz

Das BICC hat seine Ausbildungsaktivitäten um eine neue Komponente erweitert. In Zusammenarbeit mit örtlichen Medienpartnern wurden Broschüren und Zeitungen, Lieder und Videofilme zu Kleinwaffen und DD&R produziert, die im Südsudan verbreitet werden sollen. Einer der Partner, die *Southern Sudan Artists' Association* (SSAA – Südsudanesische Künstlervereinigung) hat vier Lieder und Musikvideos gegen Kleinwaffen aufgenommen und die Zeitung *The Juba Post* eine Anzeigenreihe zu DD&R- und Kleinwaffenthemen geschaltet. Das BICC hat außerdem seinen ersten Comic aufgelegt. Er befasst sich mit der Entwaffnungs- und Nachkriegsproblematik im Südsudan und soll ebenfalls in der Region erhältlich sein. Diese Materialien sollen nicht nur den nationalen Dialog über Fragen der Sicherheit und Waffenkontrolle in Gang setzen, sondern auch gute Unterhaltung bieten, wovon jeder sich unter www.bicc.de/sudan selbst ein Bild machen kann.



- Anna arufu ka nana ge amulu shunu -



- De shunu you ana amul de?!

- De you hoja amul ana jeer min ber wa ana ma bi reja.
- Meleth, anina bi kum fi Juba wa bodo shweya
u bi bodo hayat jedid.

Der Südsudan hat viel zu lange unter dem Konflikt und dem Mangel an Sicherheit gelitten. Die Unterzeichnung des Friedensabkommens (CPA) hat eine neue Zeit eingeläutet, in der nicht nur wieder aufgebaut wird, was zwei Jahrzehnte Krieg zerstört haben, sondern in der auch dafür gesorgt wird, dass so etwas nicht wieder geschehen kann. Mit seinen Schulungen und der Ausbildung in Kleinwaffenkontrolle sowie Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration hat das BICC dazu beigetragen, bei der Regierung des Südsudan ebenso wie bei der Bevölkerung die Kapazitäten und Fähigkeiten aufzubauen, die gebraucht werden, um diese Ziele zu erreichen.

Elvan Isikozlu

Projekttitel:	Kapazitätsaufbau für Kleinwaffenkontrolle und DD&R im Südsudan
Laufzeit:	August 2007 bis März 2008
Gefördert durch:	<i>Department of Foreign Affairs and International Trade (DFAIT), Kanada</i>
Koordination:	Wolf-Christian Paes
Projektmitarbeit:	Dr. Michael Ashkenazi, Elvan Isikozlu, Lydia Stone
Publikation:	s. „Publikationsliste“

Der „Klick“ ins Detail bringt Transparenz über Rüstungsexporte

Die Rüstungsexportdatenbank (www.ruestungsexport.info), mit der das BICC seit 2006 überprüft, in welcher Weise die 170 erfassten Länder dem EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte gerecht werden, wurde im Jahr 2007 um eine Internet basierte Kartenkomponente erweitert. Eine interaktive Weltkarte bietet einen neuen inhaltlichen Zugang zur Datenbank, erlaubt den Vergleich verschiedener Länder im globalen Kontext oder – durch das „Hineinzoomen“ in die Karte – auch eine regionale Analyse bestimmter Regionen. Der Einsatz des Web basierten Geografischen Informationssystems (WebGIS) verbessert die Analyse- und Interpretationstiefe der Datenbank signifikant.

Seit 2006 kann man sich auf www.ruestungsexport.info darüber informieren, in welcher Weise 170 Länder dem EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte gerecht werden. Dazu erfasst das BICC kontinuierlich verschiedene, offen zugängliche Daten zu Rüstung, Militär, Sicherheit und Regierungsführung. In Anlehnung an die Kriterien des EU-Verhaltenskodexes werden diese dann anhand der folgenden sieben Kategorien bewertet:

- UN- und EU-Waffenembargos,
- Menschenrechte,
- *Good Governance* (gute Regierungsführung),
- Innere Konflikte,
- Unerlaubte Wiederausfuhr,
- Verhalten in der internationalen Gemeinschaft,
- Vergleich von militärischen und nicht militärischen Kapazitäten.

Wie sich die Situation hinsichtlich der jeweiligen Kategorien in den einzelnen Ländern darstellt, wird in „Spinnendiagrammen“ durch eine farbliche Einstufung aufgezeigt: „grün“ steht für unbedenklich, „gelb“ für eingeschränkt kritisch und „rot“ für hoch problematisch.

Inhaltliche Bereicherung durch den Einsatz von Kartenmaterial

Nicht zuletzt durch das Internet und vor allem durch Anwendungen wie z.B. *Google Maps* und *Google Earth* sind Karten zu neuem Leben erwacht und mehr denn je für jedermann ein Werkzeug des Alltags geworden. Sie finden zunehmend auch Eingang in die Friedens- und

Konfliktforschung sowie die Politikberatung – Stichwort *Conflict Mapping* – und dienen sowohl als Analyse- als auch als Visualisierungswerkzeug.

Karten bieten gegenüber klassischen Informationsträgern wie Tabellen, beschreibenden Texten und Datenbanken einen alternativen Zugang zu Information. Sie wecken die Neugier des Betrachters, indem sie komplexe Inhalte und Zusammenhänge auf einen Blick sichtbar werden lassen. Digitale, Web basierte Karten ermöglichen darüber hinaus die Interaktion mit dem Benutzer. Er selbst entscheidet über die Auswahl bestimmter Kartenebenen und wählt z.B. durch „Hineinzoomen“ einen besonders interessanten Bereich der Darstellung aus. Digitale und Web basierte Karten im Besonderen erlauben einen schnellen Überblick, der sich sonst nur mühsam über Vergleiche von Informationen aus Länder spezifischen Texten, Grafiken und Datenbankmaterial gewinnen lässt.

Rüstungsexportproblematik nachvollziehbar machen – mit interaktiven Karten

Die Rüstungsexportdatenbank soll Transparenz schaffen, Offensichtliches und Zusammenhänge aufzeigen und insgesamt einen kritischen Umgang mit dem Thema der Genehmigung von Rüstungsexporten anregen. Genau hier setzen Internet basierte Karten bzw. WebGIS-Anwendungen an – denn durch die Darstellung räumlicher Informationen vermögen sie die Transparenz nochmals zu erhöhen. Der Benutzer erlangt schnell einen globalen, vergleichenden Überblick über die Situation hinsichtlich der sieben Kodex-Kriterien sowie die Empfängerländer deutscher Militärgüter und Waffen. Durch die Überlagerung dieser verschiedenen Informationsebenen bekommt die Datenbank eine neue Qualität. So ist beispielsweise auf einen Blick bzw. Mausklick zu erkennen, wie sich Empfängerländer deutscher Rüstungsgüter zu den einzelnen Kriterien, bzw. dem jeweils ausgewählten Kriterium verhalten. Die so interaktiv gewonnenen Karten können übrigens als pdf-Dokument ausgedruckt oder als Graphikdatei zur weiteren Verwendung exportiert werden.

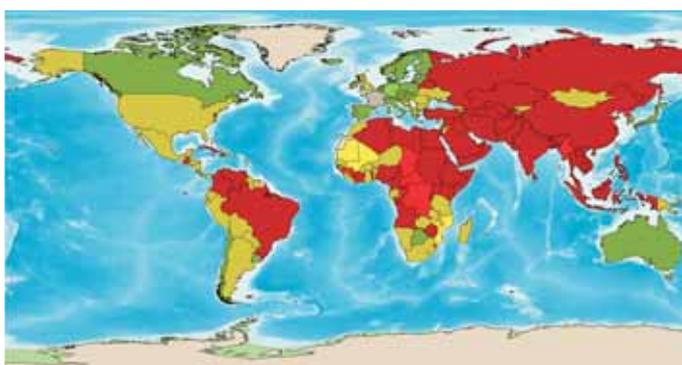


Abbildung 1: Das Kriterium „Menschenrechtssituation der Empfängerländer“, überlagert mit den genehmigten Rüstungsexporten. Es ist zu sehen, dass Rüstungsexporte in viele als „hoch problematisch“ bewertete Länder genehmigt wurden.

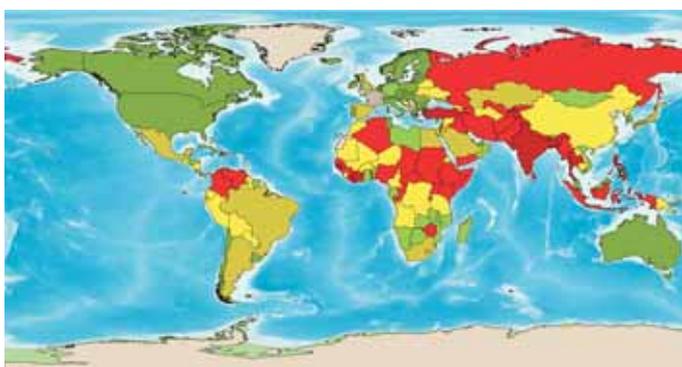


Abbildung 2: Es wird verdeutlicht, wie sich Empfängerländer hinsichtlich des Kriteriums „Interne Konflikte“ verhalten und gleichzeitig, welche dieser Länder Waffenlieferungen aus Deutschland erhalten haben.

In beiden Beispielen wirft die Überlagerung der Informationsebenen und die daraus gewonnene Erkenntnis weitere Fragen auf. Der Nutzer wird quasi aufgefordert sich intensiver mit den dargestellten Ergebnissen oder einzelnen Ländern auseinanderzusetzen. Es steht ihm frei, sich weiter in die Karte „hineinzuzoomen“, Länder zu markieren und Abfragen zu starten, die weitere Details der Datenbank liefern. Von diesen Abfrageergebnissen

aus wird der Nutzer auf die Projekt- bzw. Datenbankseiten zurückverlinkt. Dort stehen ihm, wie schon in den letzten Jahren, Verweise und Erklärungen zu verwendeten Datenquellen und den Berechnungsformeln sowie ausführliche Länderportraits für ausgewählte Staaten zur Verfügung (zuletzt im Frühjahr 2007 aktualisiert). Zwischen 2006 und 2008 hat übrigens mit rund 200.000 Pageviews und ca. 60.000 Visits bereits eine beachtliche Zahl von Web-Nutzern von diesem Serviceangebot Gebrauch gemacht.

Die Diskussion um Rüstungsexporte leidet oft unter einem Mangel an Information über die Lage in Empfängerländern, die die Grundlage für die Genehmigung europäischer Rüstungsexporte bildet. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), das im Bundessicherheitsrat über deutsche Rüstungsexporte mit entscheidet, fördert den BICC-Internetdienst finanziell, der – gestützt auf sorgfältig ausgewertetes, umfangreiches Material – solide Information zur Verfügung stellt und so auch eine fundierte Bewertung geplanter Rüstungsgüterausfuhren erleichtert. Die Verknüpfung der Datenbank mit einer WebGIS-Anwendung war der logische Schluss, diese Transparenz weiter zu entwickeln.

Lars Wirkus

Projekttitle:	Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte
Laufzeit:	September 2007 bis Januar 2009
Gefördert durch:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektleiter:	Marc von Boemcken
Projektmitarbeit:	Lars Wirkus, Clara Fischer, Markus Kessel
Publikation:	s. „Publikationsliste“

Wenn aus Kämpferinnen Näherinnen werden – Reintegration in Liberia

Über 100.000 Kämpferinnen und Kämpfer des Bürgerkriegs wurden in Liberia demobilisiert. Für ihre Reintegration ist das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) federführend verantwortlich, während andere internationale Geber, darunter auch die Europäische Union und die USA finanzielle Beiträge leisten und auch eigene Parallelprogramme organisieren.

Joyce Wea sitzt an der alten Singer Nähmaschine und näht ein farbenfrohes Kinderkleid. Es ist heiß und stickig unter dem Blechdach, draußen brennt die Mittagssonne auf die belebte Hauptstraße von Pleebo, einer Kleinstadt im Südosten Liberias in der Nähe der ivoirischen Grenze. Aber die Hitze scheint weder Joyce noch einer der anderen sechzehn Frauen etwas auszumachen, die hier zu Schneiderinnen ausgebildet werden. Die Frauen im Alter zwischen achtzehn und vierzig Jahren scheinen vor Lebensfreude zu sprühen, man merkt ihnen nicht an, dass sie noch wenige Jahre zuvor Teil der gefürchteten Milizen des ehemaligen Präsidenten Charles Taylor waren.

Ihre Lebensgeschichten sind durchaus unterschiedlich: während die meisten Lasten tragen, Verwundete pflegen und für die Soldaten kochen mussten, haben andere freiwillig mit der Waffe in der Hand gekämpft, einige haben es sogar zum Offiziersrang gebracht. Wie die meisten Frauen in Liberia, haben auch viele dieser Frauen sexuelle Gewalt erlitten, wurden im Busch zwangsweise mit älteren Soldaten „verheiratet“. Die Kinder aus diesen Beziehungen spielen jetzt auf dem Boden der Werkstatt, während ihre Mütter das Schneiderhandwerk lernen. Joyce und ihre Mitstreiterinnen versuchen den Weg zurück ins Zivilleben zu finden und werden dabei von einem Reintegrationsprojekt in Trägerschaft der Vereinigten Methodistischen Kirche unterstützt. In einem insgesamt achtmonatigen Kurs lernen die Frauen nicht nur die Grundlagen eines Handwerks, sondern werden auch psychologisch betreut.

Soziale Wiedereingliederung nach dem Bürgerkrieg

Joyce Wea ist eine von mehr als 100.000 ehemaligen Kämpferinnen und Kämpfern des liberianischen Bürgerkriegs, die von den Vereinten Nationen in den Jahren 2003 bis 2004 demobilisiert wurden und eine Übergangszahlung erhielten. Während der Demobilisierungsprozess bereits seit geraumer Zeit abgeschlossen ist, arbeitet die liberianische Regierung unter Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf noch an der Überwindung der Kriegsfolgen. Es gilt, nicht nur die völlig zerstörte Infrastruktur des Landes wiederherzustellen, sondern auch die vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Schäden zu heilen. Dabei ist auch die soziale Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer für die Konsolidierung des Friedens in Liberia von großer Bedeutung, denn ihr Scheitern lässt das Risiko für neue Gewaltausbrüche steigen.

Für die Reintegration der ehemaligen Kämpfer ist in Liberia das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) federführend verantwortlich. Die Organisation verwaltet ein Budget, das aus freiwilligen Beiträgen verschiedener Staaten und Organisationen besteht. Zu den wichtigsten Gebern dieses Programms gehört die Kommission der Europäischen Union. Zum Auslaufen des Reintegrationsprogramms 2007/2008 wurde das BICC im Rahmen eines europäischen Konsortiums mit einer Evaluation von Teilen dieses Programms beauftragt. Ein dreiköpfiges internationales Expertenteam wurde für einen Monat nach Liberia entsandt, um Auswertungsgespräche mit internationalen und liberianischen Akteuren zu führen. Auch die ehemaligen Soldaten sollten nach ihren Erfahrungen befragt werden.

Auch nach Ablauf des Programms bleiben offene Fragen

Bereits in den ersten Tagen nach der Ankunft in Monrovia wurde ein Grundproblem vieler internationaler Friedensmissionen deutlich: da die meisten ausländischen Mitarbeiter nur für relativ kurze Zeit im Land waren und Aktennotizen in Krisensituation eher eine Seltenheit sind, war es oft schwierig Entscheidungsprozesse nachzuvollziehen. Auch bei den einheimischen Nichtregierungsorganisationen – die im Auftrag der Vereinten Nationen



für die Umsetzung des Reintegrationsprogramms verantwortlich zeichneten – bot sich ein ähnliches Bild. Langjährige Mitarbeiter hatten sich zum Ende des Programms, als die Mittel langsam eingestellt wurden, neue berufliche Perspektiven gesucht.

Trotz dieser Schwierigkeiten konnten sich die Experten außerhalb der Hauptstadt ein differenziertes Bild des Reintegrationsprozesses machen. So überraschte etwa die Erkenntnis, dass die angebotenen Programme teilweise nur auf geringes Interesse bei den ehemaligen Kämpfern stießen. Nachdem in einer früheren Phase aus Geldmangel zu wenig Plätze angeboten worden waren und einige zu kurz gekommene Exkombattanten sogar gewaltsam für die Einhaltung der Versprechen demonstriert hatten, scheint sich das Blatt mittlerweile gewendet zu haben. Mitarbeiter von Hilfsorganisationen berichten zudem, dass manche Programmteilnehmer Kurse abbrechen, um sich bei anderen Organisationen, die bessere Konditionen anbieten, einzuschreiben. In manchen Fällen nehmen anstelle der ehemaligen Kämpfer auch Familienangehörige die Ausbildungsangebote wahr, denn die Einstellung ist weit verbreitet, dass es sich dabei nicht um individuelle Wiedereingliederungshilfen, sondern um „Abfindungspakete“ handelt, die weitergegeben werden können.

Mehrere Tausend ehemalige Kämpfer haben einen achtmonatigen Computerkurs besucht, obwohl es in den meisten Landesteilen keine zuverlässige Stromversorgung gibt. Das enorme landwirtschaftliche Potenzial des Landes wird hingegen kaum genutzt. Die Exkombattanten haben hier wenig Erfahrung und zeigen geringes Interesse an diesem Sektor.

Parallelprogramme ausländischer Geber, die außerhalb von und nur in loser Abstimmung mit UNDP operieren, vertiefen das Problem mangelnder Koordination und unterschiedlicher Anreize. Am kompliziertesten ist, dass das Reintegrationsprogramm in Liberia – neben einer breiten schulischen Komponente – vor allem auf die Vermittlung eines Handwerks und damit auf die wirtschaftliche Wiedereingliederung setzt. Solange keine Nachfrage nach den angebotenen Qualifikationen herrscht und die Kursabsolventen im Anschluss nicht tat-

sächlich ins Berufsleben finden können, wird ein Großteil der ehemaligen Soldatinnen und Soldaten – trotz aller Anstrengungen – bei der Reintegration in die Gesellschaft doch allein gelassen.

Wolf-Christian Paes

Projekttitlel:	EU Entwicklungshilfe für Drittländer – TRANSTEC Konsortium
Laufzeit:	September 2005 bis August 2008
Gefördert durch:	Europäische Kommission/ EuropeAid
Projektleiter:	Wolf-Christian Paes

Stabilisator der Macht - Der Sicherheitssektor in Zentralasien

Wie fügen sich die Sicherheitsapparate ins innenpolitische Machtgefüge Kirgisistans, Tadschikistans und Usbekistans ein? Leisten sie einen Beitrag undemokratische Regimes in Zentralasien zu stabilisieren? Werden sie von den Herrschenden innenpolitisch instrumentalisiert? Ein von der Volkswagenstiftung gefördertes Forschungsprojekt des BICC ist der „Rolle des Sicherheitssektors für die Stabilität und Herrschaftsdynamik der semiautoritären bzw. autoritären Regimes in Zentralasien“ gewidmet.

Nach der Auflösung der Sowjetunion gaben die zentralasiatischen Staaten zunächst vor, westliche Mindeststandards zur zivilen Kontrolle einzuführen. Gewählte Organe beziehungsweise Parlamente erhielten erstmals die Möglichkeit, über die Höhe des Militärhaushalts abzustimmen. Auf Grund von mangelnder Information, geringer Expertise und der Konzentration der Kompetenzen beim Präsidenten sind die Volksvertreter in den zentralasiatischen Republiken allerdings bis heute nicht dazu in der Lage, für Transparenz und Rechenschaftspflicht zu sorgen, den Militärhaushalt zu kontrollieren oder die Personalstärke der Streitkräfte zu bestimmen. Die Legislative fungiert nicht als Gegengewicht zur Exekutive, da die Präsidenten unter anderem mit Parlamentsauflösung drohen können.

Alles unter Kontrolle des Präsidenten

So sind es die Präsidenten, die über den Einsatz der Armee im Falle eines Angriffs oder einer Bedrohung entscheiden. Auch bei der Ausrufung des Notstands muss die Legislative nur nachträglich informiert werden.

Der Präsident ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, ernennt die Kommandeure der Armee und der anderen Sicherheitsorgane. Die Verteidigungsminister sind nach wie vor Berufsmilitärs. Innerhalb der Streitkräfte fehlen demokratische Kontrollmechanismen und der Schutz der Grundrechte. Auch die Geheimdienste dienen exklusiv dem Staatsoberhaupt.

Den Sicherheitsräten, die der Planung und Koordinierung der Sicherheitspolitik dienen sollen und unter dem Vorsitz der Präsidenten stehen, gehören zwar auch Zivilisten wie der Ministerpräsident, der Parlamentspräsi-

dent und der Außenminister an. Doch der Einfluss der Sicherheitsräte als reine Beratungsgremien ist begrenzt.

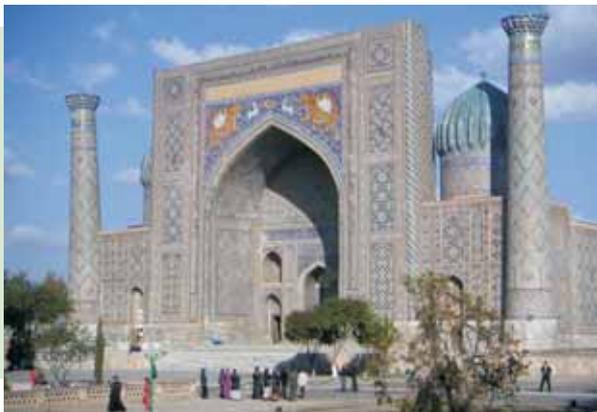
Das innenpolitische Gewicht der Sicherheitsapparate

Die Verfassungen der zentralasiatischen Staaten geben den Präsidenten die Möglichkeit, die Streitkräfte auch einzusetzen, wenn die innere Sicherheit bedroht ist. Die Bedingungen dafür sind weit gefasst. Gerade weil eine Hauptaufgabe der Sicherheitsorgane in der inneren Repression besteht, sind die Einheiten für innere Sicherheit weitaus größer als die regulären Streitkräfte. In der Verfassung von Kirgisistan werden zwar immerhin einige Vorbehalte gegen einen innenpolitischen Einsatz des Militärs erwähnt, in Usbekistan und Tadschikistan fehlen sie jedoch gänzlich.

Mehrere Faktoren haben zur innenpolitischen Aufwertung der Sicherheitsapparate, insbesondere der Inlandsgeheimdienste, beigetragen. Seit dem 11. September 2001 wird der Opposition islamischer Fundamentalismus unterstellt. Besonders in Tadschikistan und Usbekistan werden die Prioritäten angesichts der Wirren in Afghanistan auf innere Stabilität gesetzt. Selbst das ehemalige „Vorzeigeland“ Kirgisistan hat eine bewusste Abkehr von der Westorientierung vollzogen, stattdessen gewann das externe Rollenmodell einer politisch-administrativen Machtübernahme durch die Sicherheitsapparate wie unter Präsident Putin an Attraktivität.

Durch tiefe regionale Spaltungen und ungelöste Transformationskonflikte entwickelten sich die Sicherheitsapparate zu einer wesentlichen Stütze autoritärer Herrschaftsmuster. Ihre Einflussnahme auf die Innenpolitik ist Ausdruck einer defizitären Gewaltenteilung, aber auch fehlender ziviler Gegengewichte.

Die Einflussnahme der Zivilgesellschaft auf die Sicherheitspolitik ist nicht zuletzt aufgrund staatlicher Kontrolle der Medien ausgeschlossen, wie auch sonst die Akteure eines potenziellen demokratischen Wandels über keine bedeutsamen Zugangskanäle im politischen System verfügen. Die demokratische Kontrolle des Sicherheitsapparates kommt in Zentralasien – wenn überhaupt – nur aufgrund internationaler Initiativen auf die Tagesordnung. Faktoren sind die OSZE, die NATO-Partnerschaft für den Frieden und die Ausbildung zentralasiatischer Offiziere im Westen.



Wie kann die demokratische Kontrolle gestärkt werden?

Eine politische Analyse ist Grundvoraussetzung für von außen gestützte Bemühungen um Reformen im Sicherheitssektor. Die BICC-Studie will einen Beitrag zum Verständnis des Sicherheitssektors in autoritären bzw. semiautoritären Regimen leisten. Neben den fachlichen Erkenntnissen sollen durch die Kooperation mit Forschern in den Untersuchungsländern Netzwerke gebildet, Expertise vor Ort gefördert und ein Beitrag zur Stärkung demokratischer Kontrolle über sicherheitspolitische Fragen geleistet werden.

Das Projekt basiert – neben der systematischen Auswertung von Primärquellen und der Sekundärliteratur – auf der Durchführung von Interviews mit offiziellen Vertretern der Sicherheitsapparate, akademischen und journalistischen Experten sowie Vertretern internationaler Organisationen, darunter NATO, OSZE, *Amnesty International* sowie *Human Rights Watch* und politische Stiftungen.

Vier bis fünf Kooperationspartner aus den Untersuchungsländern schreiben im Auftrag des Projektes Studien zu Einzelaspekten, die später veröffentlicht werden sollen. Zudem wird im Juli 2008 ein internationales Seminar in Bischkek (Kirgisistan) mit den Kooperationspartnern und weiteren Experten durchgeführt, bei dem erste Projektergebnisse ausgetauscht und die methodische Vorgehensweise aller Beteiligten weiter abgestimmt werden sollen. Ergebnis des Projektes werden mehrere Zeitschriften- und eine Buchpublikation sein.

Andreas Heinemann-Grüder

Projekttitle:	Die Rolle des Sicherheitssektors für die Stabilität und Herrschaftsdynamik der semiautoritären bzw. autoritären Regime in Zentralasien
Laufzeit:	Seit Juli 2006
Gefördert durch:	Volkswagenstiftung
Projektleiter:	Dr. Andreas Heinemann-Grüder
Projektmitarbeit:	Aleksej Aleksin
Publikation:	s. „Publikationsliste“

Fatal Transactions – Die Kampagne für Rohstoffgerechtigkeit

Die EU-geförderte Kampagne *Fatal Transactions*, an der u.a. das BICC, NIZA (*Netherlands Institute for Southern Africa*), Pax Christi Netherlands und IPIS (*International Peace Information Service*, Belgien) mitwirken, fordert eine faire und gerechte Nutzung natürlicher Rohstoffe als einen Beitrag für nachhaltige Entwicklung und Frieden in Afrika. Seit Anfang 2007 hat das BICC die Koordination der Kampagne *Fatal Transactions* in Deutschland übernommen und seitdem zahlreiche Aktivitäten entwickelt, von denen hier einige vorgestellt werden sollen.

Jeder kennt den Begriff „Blutdiamanten“. Die Ausstellung „*Diamond Matters*“, die das BICC im Sommer 2007 im Wissenschaftszentrum Bonn erstmals in Deutschland zeigte, rüttelt auf. Der international renommierte Fotograf Kadir van Lohuizen dokumentiert den Weg der Diamanten von den menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in den Minen Afrikas über den Handel in Antwerpen bis in die Welt des Jet-Sets in New York und London. „In den Abbaugebieten sterben viele Menschen. Jeden Tag gibt es dort Schießereien“, berichtet der engagierte Fotograf.

Und auch wenn in Angola, Sierra Leone oder in der Demokratischen Republik Kongo heute kein Krieg mehr herrscht – es gab und gibt einen Zusammenhang zwischen Rohstoffen und Gewaltkonflikten. Die zentrale Frage ist – wie kann die Ausbeutung natürlicher Ressourcen auch in den Ländern Afrikas statt zu Gewalt und Kriegen zu Wohlstand und sozialem Fortschritt beitragen? Hier setzt die Kampagne *Fatal Transactions* (FT) an. Mit zahlreichen Veranstaltungen, Medienarbeit und eigenen Veröffentlichungen will sie informieren, aufklären und kritische Diskussionen anstoßen.

Eine Journalistenreise nach Sierra Leone

So organisierte das BICC im April 2007 zusammen mit der Frankfurter Hilfsorganisation Medico International eine Reise von fünf Journalisten nach Sierra Leone. Dieses westafrikanische Land erholt sich heute von einem jahrzehntelangen Krieg, der 2002 offiziell endete. Fünf Jahre nach Ende des Krieges, der zum großen Teil durch die Ausbeutung von Diamantenvorkommen finanziert wurde, führt das Land einen Kampf gegen die Armut und ist bemüht die Kriegsschäden zu überwinden. Eine entscheidende Frage ist, inwieweit Diamanten oder andere Mineralien heute zur nachhaltigen Entwicklung Sierraeleones beitragen.

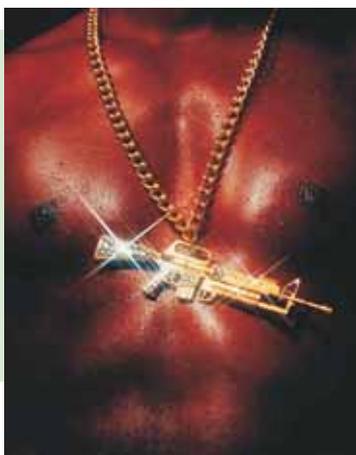
Die Journalisten, darunter Vertreter der „Süddeutschen Zeitung“, der „Zeit“ und der „Deutschen Welle“, interviewten in Freetown, Makeni, Kenema, Bo und Koidu Minenarbeiter, Diamantenhändler, Vertreter des Ministeriums für Minen und Mineralien, lokale Verantwortliche des Entwaffnungsprogramms, Parlamentarier und viele andere. So entstand eine Reihe von Artikeln und Radiosendungen über das heutige Sierra Leone, die Aufschluss über die aktuelle Entwicklung geben und u.a. auch im Internet¹ verfügbar sind.

Fatal Transactions und „Rohstoffbündnis“ auf dem Evangelischen Kirchentag

„Die Gier nach Rohstoffen darf nicht zum Verhängnis für die ansässige Bevölkerung werden“, forderten die 14 Organisationen der Menschenrechts-, Umweltschutz- und Entwicklungsarbeit, die als „Rohstoffbündnis“ ihre Arbeit auf einem gemeinsamen Stand beim Evangelischen Kirchentag im Juni 2007 in der Kölner Messe präsentierten. Das BICC war mit dabei und stellte die Kampagne *Fatal Transactions* vor. Mit einer Beilage zur „tageszeitung“ machte das Rohstoffbündnis auf die Vielzahl seiner Themen aufmerksam. In einem Interview dort betonte auch Bundespräsident Horst Köhler: „Es muss Transparenz über Finanzströme beim Rohstoffabbau geschaffen werden. Zum Beispiel sollten sich alle Öl produzierenden und Öl verbrauchenden Länder der *Extractive Industries Transparency Initiative* (EITI) anschließen. Und der Beteiligung an Korruption von Akteuren aus Industrieländern muss dieselbe Aufmerksamkeit gewidmet werden wie der Korruption in Afrika selbst.“²

Beiträge zu angewandter Forschung zu Rohstoffen und Konflikten

2007 schloss sich die Universität Wroclaw (Breslau) als Partner der Kampagne *Fatal Transactions* an. Ambitioniertes Ziel war, die Kampagne auf die neuen EU-Mitgliedstaaten in Ost- und Mitteleuropa auszuweiten. Der Hochschulbeitrag zur FT-Kampagne wird hauptsächlich im Bereich der Forschung liegen. „Konfliktforschung und Studienfächer, die sich mit Geschichte, Ökonomie und aktuellen entwicklungspolitischen Fragen des afrikanischen Kontinents beschäftigen, sind an osteuropäischen Universitäten äußerst selten“, erklärt Dr. Dominik Kopinski, Koordinator des polnischen *Fatal Transactions* Partners, dem Institut für Internationale Beziehungen der Universität Wroclaw. Er organisierte im September 2007 eine einwöchige *Summer School* an seiner Universität, zu der er insbesondere Studierende aus Osteuropa



und Afrika einlud. Auch das BICC wirkte mit dem Modul „Externe Akteure in Konfliktregionen und natürliche Ressourcen“ aktiv an der Gestaltung der *Summer School* mit.

Im Jahr 2007 hatte die Europäische Union den Vorsitz des sog. Kimberley-Prozesses (*Kimberley Process Certification Scheme*) inne, einer gemeinsamen Initiative von Regierungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Diamantenindustrie mit dem Ziel durch einen Zertifizierungsprozess den Handel mit Konfliktdiamanten zu unterbinden. Auf Vorschlag von *Fatal Transactions* unterstützte der langjährige BICC-Mitarbeiter Willem Jaspers bis zum Jahresende die Arbeit des Kimberley-Sekretariats in Brüssel.

Arbeitsschwerpunkte 2008

Im Rahmen einer Feldforschung in der Elfenbeinküste sind BICC-Expertinnen im Frühjahr 2008 der Frage nachgegangen, wie sich der Zusammenhang zwischen Konflikt und natürlichen Ressourcen in diesem westafrikanischen Land, das der weltweit größte Kakaolieferant ist, darstellt. Der Kakaohandel hat seit dem Anfang des Bürgerkriegs 2002 118 Millionen US-Dollar nicht nur in die Kassen der Regierung, sondern auch der Rebellengruppe *Forces Nouvelles* (FN) gespült. Der Diamantenschmuggel aus dem Norden über Mali und Ghana brachte den FN – trotz UN-Embargos – nach UN-Schätzungen weitere neun bis 23 Millionen US-Dollar ein. Hat der Handel mit natürlichen Ressourcen bisher Konflikte gespeist, so wollten die BICC-Expertinnen für *Fatal Transactions* nun erforschen, wie er zu Frieden und Wiederaufbau beitragen kann. Dazu befragten sie wichtige Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und werden die Ergebnisse in einem BICC-Brief sowie weiteren Publikationen veröffentlichen.

Anfang Januar 2008 kamen Vertreter aus Polen, Deutschland, Belgien und den Niederlanden in Bonn zu einem Strategietreffen der internationalen Kampagne *Fatal Transactions* zusammen. In diesem Jahr soll ein Arbeitsschwerpunkt darauf liegen, die Umsetzung der Versprechen des G8-Gipfels von Heiligendamm 2007 sowie andere internationale Initiativen im Bereich des Ressourcenmanagements voranzutreiben und zu überwachen. Auch das Bewusstsein auf Verbraucherseite soll weiter geschärft werden. Anlässlich der Olympischen Spiele in Beijing will sich *Fatal Transactions* mit konkreten Fallstudien an der Debatte über die Rolle chinesischer Investitionen in afrikanischen Ländern betei-

gen. Die diesjährige *Fatal Transactions*-Konferenz wird im November 2008 vom BICC in Bonn ausgerichtet.

Über die Aktivitäten von *Fatal Transactions* Deutschland informiert die Website³ der Kampagne. Sie gibt auch einen stets aktuellen Überblick über ihre Publikationen und ihr Medienangebot, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Susanne Heinke

Projekttitle:	EU NGOs – Aktionen zur stärkeren Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Entwicklungsfragen
Laufzeit:	Januar 2007 – Dezember 2009
Gefördert durch:	Europäische Kommission/ EuropeAid
Koordination:	Wolf-Christian Paes
Projektmitarbeit:	Jolien Schure, Lena Guesnet, Willem Jaspers, Verena Kantel
Publikation:	s. „Publikationsliste“

¹ http://www.fataltransactions.de/journalistenreise_sierra_leone.html

² http://www.bicc.de/publications/misc/taz_beilage/taz_beilage.pdf.

³ www.fataltransactions.de / www.fataltransactions.org

Diaspora als Friedensstifter am Horn von Afrika?

In den vergangenen Jahren hat sich die Wahrnehmung von Migranten in der EU gewandelt. Vor allem das vielschichtige politische, soziale und kulturelle Engagement von Migranten aus Krisengebieten in den Friedens- und Entwicklungsprozessen ihrer Herkunftsländer findet zunehmend Beachtung. Das BICC beteiligt sich an dem mehrjährigen internationalen EU- Forschungsprojekt „*Diasporas for Peace: Patterns, Trends and Potential of Long-distance Diaspora Involvement in Conflict Settings (DIASPEACE)*“, das am Beispiel des Horn von Afrika neue Erkenntnisse zu Diaspora-Aktivitäten in den Herkunfts- und Aufnahmeländern sowie auf der transnationalen Ebene gewinnen will.

In Europa wurde die internationale Migration lange Zeit mit Blick auf die Interessen der Aufnahmeländer thematisiert. Migranten traten dabei entweder als Arbeitskräfte zur kurzfristigen Behebung eines wirtschaftlichen Mangels oder als Flüchtlinge bzw. Asylbewerber in Erscheinung.

In letzter Zeit hat sich diese Wahrnehmung in der EU grundsätzlich gewandelt. Neben einer Vielzahl an Studien, die sich mit dem finanziellen Potenzial der von Migranten und Diasporagruppen in ihre Herkunftsländer „rücküberwiesenen“ Transferzahlungen beschäftigen, rückt dabei vor allem das vielschichtige politische, soziale und kulturelle Engagement von Migranten aus Krisengebieten in den Friedens- und Entwicklungsprozessen ihrer Herkunftsländer in den Mittelpunkt.

Dabei ermöglicht die Globalisierung von Kommunikation und Transport auch bislang marginalisierten Gruppen ein ungekanntes Maß an grenzüberschreitender Vernetzung, Kooperation und Einflussnahme.

Afrikanische Diaspora-Aktivitäten als Gegenstand der europäischen Forschung

Es stellt sich die Frage, welche Rolle organisierte Diasporagruppen in den jeweiligen Friedens- und Entwicklungsprozessen ihrer Herkunftsländer einnehmen. Während die Aktivitäten der tamilischen oder kurdischen Diaspora in Europa relativ gut erforscht sind, existieren wenig

gesicherte Erkenntnisse zur transnationalen Vernetzung und dem Engagement der sich politisch formierenden Gruppen aus Subsahara-Afrika.

Das Horn von Afrika zählt zu den am stärksten von politischen und humanitären Krisen betroffenen Regionen weltweit. Jahrzehntelange Kriege, sowohl zwischen den Staaten als auch zwischen verfeindeten Bevölkerungsteilen, haben vor allem in Somalia zu einer Schwächung bzw. Auflösung staatlicher Strukturen sowie zur Bildung großer Diasporagemeinschaften in Afrika, Europa und Nordamerika geführt. Die somalische Diaspora ist inzwischen eine der größten weltweit, Eritrea wiederum gilt als Paradebeispiel einer weitgehend von den Transferzahlungen ihrer Diaspora abhängigen Volkswirtschaft. Insgesamt hat diese Region nicht nur auf Grund der engen historischen Verbindungen, sondern auch angesichts ihrer geostrategischen Lage einen besonderen Stellenwert in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Am Beispiel des Horn von Afrika, d.h. Somalias, Äthiopiens und Eritreas, wird sich ein mehrjähriges, internationales Projekt innerhalb des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms den Formen und Auswirkungen von Diaspora-Aktivitäten in den Herkunftsländern, den Aufnahmeländern sowie auf der transnationalen Ebene widmen. Unter dem Titel „*Diasporas for Peace: Patterns, Trends and Potential of Long-distance Diaspora Involvement in Conflict Settings (DIASPEACE)*“ wird das BICC gemeinsam mit internationalen Partnern sowohl umfangreiche Daten zu den transnationalen Netzwerken und Aktivitätsformen dieser Gruppen erheben als auch neue methodische Ansätze zur Evaluation der Auswirkungen dieses Engagements entwickeln.

Neben dem BICC sind unter Führung der Universität Jyväskylä in Finnland das Max Planck Institut für Ethnologische Forschung (MPG), das *Peace Research Institute of Oslo* (PRIO), das *African Diaspora Policy Centre* (ADPC), das *Centro Studi Politica Internazionale* (CeSPI) sowie das *Forum for Social Studies* (FSS) in Äthiopien und die *Academy for Peace and Development* (APD) in Somalia an DIASPEACE beteiligt.

Im Mittelpunkt der Untersuchung wird neben einer Bestandsaufnahme und empirischen Analyse der Diasporanetzwerke und ihrer Aktivitäten sowohl in den einzelnen europäischen Staaten als auch auf transnationaler Ebene eine Auseinandersetzung mit den rechtlichen,



wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen der Migranten in Europa stehen. Untersucht werden darüber hinaus nicht nur die Auswirkungen des Engagements in den Herkunftsländern, sondern auch welche Strategien und Ansätze dort zur Einbindung bzw. möglichen Begrenzung von Diasporainterventionen existieren.

Die Studie soll mit den betroffenen Gruppen sowie staatlichen und nicht staatlichen Institutionen in Europa und Afrika durchgeführt werden und Instrumente zur Förderung eines konstruktiven Diasporaengagements und politiknahen Dialogs vorschlagen.

Security-Migration Nexus – Bisherige Aktivitäten im Bereich Diaspora-Forschung

2006/2007 hat das BICC im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) des Landes NRW eine Studie zur Rolle der afrikanischen Diaspora im Konfliktgeschehen erstellt und erste Daten zu deren Zusammensetzung, Organisationsformen, politischen und sozialen Zielsetzungen recherchiert. Daran anknüpfend führte das BICC mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 22. bis 23. Februar 2008 in Bonn eine internationale wissenschaftliche Tagung zum Thema „*The Security-Migration Nexus. Challenges and Opportunities of African Migration to EU Countries*“ durch. Etwa 150 afrikanische und europäische Teilnehmer aus Wissenschaft und Politik nahmen an dieser Veranstaltung teil, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, die unterschiedlichen Interessenlagen und Sicherheitsbedürfnisse aller beteiligten Akteursgruppen unter besonderer Berücksichtigung der Migranten- bzw. Diasporaperspektive zu beleuchten.

In ihrem Impulsreferat zur Konferenz betonte Bundestagspräsidentin a.D. Prof. Rita Süßmuth, Vorsitzende der „EU Hochrangigen Beratergruppe (*High Level Group*) für Integration von benachteiligten ethnischen Minderheiten in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt“ sowie Mitglied im Kuratorium des OECD Entwicklungszentrumprojekts „Bereicherung durch Migration“: „Die weltweite Migration ist keine Bedrohung, sondern ein

bereichernder Tatbestand, wenn wir sie zum Vorteil aller Beteiligten gestalten. Migranten sind ein Teil der Lösung unserer nationalen und globalen Probleme.“

Andrea Warnecke

Projekttitle:	DIASPEACE – Diaspora für Frieden: Muster, Trends und Potential von Diasporabeteiligung in Konfliktsituationen. Fallstudien am Horn von Afrika
Laufzeit:	Seit März 2008
Gefördert durch:	7. EU-Forschungsrahmenprogramm
Koordination:	Peter J. Croll
Projektmitarbeit:	Andrea Warnecke, Bettina Conrad
Publikation:	s. „Publikationsliste“

Innovationen zum Schutz deutscher Flughäfen vor Anschlägen

Im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung hat das BICC die Studie „Innovationen zum Schutz deutscher Flughäfen vor Anschlägen. Sicherheitstechnologien und Arbeitsplätze“ ausgearbeitet. Untersucht werden u.a. die Fragen, welche Gefahren „neuralgischen“ Punkten wie Flughäfen drohen und welche Sicherheitstechnologien Abhilfe schaffen können.

Die modernen, komplexen Industriestaaten des Westens sehen sich – besonders seit dem 11. September 2001 und den nachfolgenden Anschlägen in Europa – vielfältigen Herausforderungen für die gesamtstaatliche Sicherheit gegenüber: internationaler Terrorismus, organisierte Kriminalität, Drogen- und Menschenmuggel, politische und wirtschaftliche Konflikte. Deutschland als Gesellschaft mit praktizierter Freizügigkeit im Informations-, Personen- und Warenverkehr und als exportorientierte Wirtschaftsnation ist ihnen in besonderem Maße ausgesetzt. Die politischen und wirtschaftlichen Strukturen sowie die „kritische Infrastruktur“ sind hierzulande verwundbarer geworden.

Zur kritischen Infrastruktur zählen Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen. Wenn sie ausfallen oder beeinträchtigt werden, drohen nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen.

Flughäfen – Teil der „kritischen Infrastruktur“

Wie verwundbar Flughäfen sind, ergibt sich schon aus ihrer ökonomischen Bedeutung. Der Flughafen Düsseldorf International z.B. ist einer der modernsten in Deutschland. Er ist mit fast 18 Millionen Passagieren der drittgrößte im ganzen Land. Er verzeichnet ein überdurchschnittliches Wachstum von 7,5 Prozent bei Passagieren insgesamt und von 17 Prozent im Interkontinentalverkehr. Damit entwickelte er sich zu einem internationalen Drehkreuz mit 228.000 Flugbewegungen. Sein Einzugsgebiet ist mit 18 Millionen Menschen der siebtgrößte Wirtschaftsraum der Welt. Hier werden jährlich 97.000 Tonnen Luftfracht umgeschlagen. 230 Unternehmen haben ihren Sitz auf dem Flughafengelände.

Mit 16.000 Beschäftigten ist der Flughafen ein Jobmotor für die ganze Region. Nach einer Faustformel zieht ein Arbeitsplatz am Flughafen mindestens zwei weitere in der Region nach sich. 50.000 Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen hängen von der Funktionsfähigkeit des Düsseldorfer Flughafens ab. Der Flughafen ist darüber hinaus auch ein Kongress- und Tagungsort und wird täglich von bis zu 70.000 Menschen frequentiert. Ein Anschlag würde – neben allen humanitären Folgen – auch zu einer wirtschaftlichen Katastrophe führen.

Die von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie „Innovationen zum Schutz deutscher Flughäfen vor Anschlägen. Sicherheitstechnologien und Arbeitsplätze“ stützt sich sowohl auf die Auswertung relevanter Beiträge in Fachzeitschriften als auch auf Expertengespräche in ausgewählten Unternehmen. Sie identifiziert zunächst die bisherigen Sicherheitslücken und Gefahrenpotenziale.

Arbeitsplätze durch Sicherheitstechnologien

Der hohe Investitionsaufwand zur Schließung der Sicherheitslücken bietet aber auch eine Chance für spezialisierte Sicherheitsanbieter. Deshalb beschäftigt sich die Studie mit den Unternehmen, die sicherheitstechnologische Lösungen für Flughäfen entwickeln oder herstellen, und untersucht, wie dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die zur Verfügung stehenden Technologien sind meist nicht neu, allerdings gibt es erst jetzt einen weltweiten Markt mit breitem Einsatzspektrum. Sie haben den ökonomischen Vorteil einer sowohl zivilen als auch militärischen Verwendung. Dies verbreitert ihr Einsatzspektrum, erhöht die Stückzahl und ermöglicht deutliche Preissenkungen.

Die Studie, die an frühere Projekte anknüpft, bei denen sich das BICC mit arbeitsplatzpolitischen Entwicklungen in der Rüstungsindustrie beschäftigte, kommt zu dem Schluss, dass eine strikte Trennung militärischer und ziviler Sicherheitsforschung vor diesem Hintergrund weder möglich noch sinnvoll ist. Eine systematische Nutzung der *spin-on* bzw. *spin-off*-Effekte – also der Nutzung einer Innovation beziehungsweise einer bekannten Technologie in einem Bereich, für den sie ursprünglich nicht entwickelt worden ist – ergäbe erhebliche Einsparpotenziale. Dadurch würde auch die Förderung innovativer Lösungen effizienter, von denen der Technolo-



giestandort Deutschland profitieren könnte. Dies sollte ergänzt werden durch eine aktive Industriepolitik, die alle wichtigen Akteure vernetzt. Wichtige Ansätze zur Clusterbildung sind in Form von Netzwerken bereits gegeben und sollten weiter ausgebaut werden.

Deutschland zeichnet sich durch starke Basistechnologien und eine vielfältige Forschungslandschaft aus. Es verfügt über zentrale Kompetenzen im Bereich der zivilen und militärischen Sicherheitstechnik. Damit sind große Chancen auf diesen Zukunftsmärkten gegeben, die systematisch genutzt werden sollten. Es gibt eine Reihe großer sowie eine Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen in Entwicklung und Produktion von Sicherheitstechnologien – und in allen Bereichen konnte schon jetzt eine steigende Beschäftigung festgestellt werden.

Hartmut Küchle

Projekttitle:	Verkehrs-Infrastruktur in Deutschland und ihre Bedeutung für Sicherheitstechnologien und Arbeitsplätze.
Laufzeit:	November 2007 bis Januar 2008
Gefördert durch:	Hans-Böckler-Stiftung und EADS
Projektleiter:	Dr. Hartmut Küchle
Publikation:	s. „Publikationsliste“

Mehr Sicherheit vor Kleinwaffen und Munition

Das BICC hat sich in den letzten zehn Jahren mit einer Reihe von Themen im Kleinwaffenbereich¹ befasst. Seit dem vergangenen Jahr liegt der Schwerpunkt seiner internationalen Arbeit auf überschüssigen Waffen, der Markierung und Rückverfolgung von Kleinwaffen und ihrer Munition sowie deren (sicheren) Lagerung. BICC-Experten forschten und berieten hierzu in Europa, Afrika, Lateinamerika und Südostasien. Mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes gab das Zentrum auch ein Handbuch zur Markierung und Rückverfolgung von Kleinwaffen heraus.

Um ihre Aufgaben erfüllen zu können, müssen militärisch organisierte Gruppen, seien sie staatlich oder auch nicht staatlich, Kleinwaffen vorhalten. Die Größe solcher Waffen- und Munitionslager wird oft streng geheimgehalten. Da viele Militärs weder die Möglichkeiten noch die Sachkenntnis haben, diese Lager ordnungsgemäß zu verwalten, können sie auf verschiedene Weise zu Sicherheitsrisiken werden.

Sicherheitsrisiko Waffenlager

Mangelhafte Lagerung bedroht die Sicherheit, wenn Waffen oder Munition verloren oder gestohlen werden, dadurch in kriminelle Hände gelangen und zu illegalen Zwecken benutzt werden. Ein weiteres Sicherheitsrisiko besteht in der unsachgemäßen Lagerung von Kleinwaffen und Munition. Explosionen in Munitionslagern in Nigeria, Mosambik und Albanien kosteten dieses und letztes Jahr zahlreichen Menschen das Leben.

Die sicherheitsgefährdenden Missstände haben verschiedene Gründe. Viele Waffenlager sind z.B. so riesig, dass sie nur schwer verwaltet und gesichert werden können. Ein Beispiel zur Illustration: Wenn die gelagerte überschüssige Munition der Ukraine auf 40-Tonner-LKW geladen und nach Spanien geschickt würde, hätte der Anfang der Kolonne Gibraltar erreicht, bevor der letzte Wagen überhaupt Osteuropa verlassen hätte. Oft bedingen auch politische Veränderungen oder ein schlechter Informationsfluss, dass die Verantwortlichen schlicht nicht wissen, woraus ihre Waffen- und Munitionslager bestehen.

Fatal ist, dass viele Lager überschüssige Waffen und Munition beinhalten – also Material, das veraltet oder

deshalb nicht mehr notwendig ist, weil Militär abgebaut oder die Lage insgesamt friedlicher wurde. Die Streitkräfte davon zu überzeugen, sich von diesen überschüssigen Waffen zu trennen, ist ein schwieriger Prozess, weil sie ihren Waffenbedarf nur ungern öffentlich bestimmen und die hohen Kosten einer Zerstörung des Überschusses scheuen.

Internationale Organisationen, wie die NATO und die OECD, eine Vielzahl regionaler Organisationen aber auch Staaten wie Deutschland haben bereits viel Geld in eine sichere Verwahrung von Kleinwaffen in der ganzen Welt investiert. Dennoch besteht hier weiter dringender Beratungs- und Handlungsbedarf.

Markierung (*marking*) und Rückverfolgung (*tracing*) von Waffen

Die meisten industriell gefertigten Waffen werden pro Stück mit einer einzigartigen Seriennummer versehen. Dies erleichtert ihre Reparatur, Lagerung und Kontrolle. Leider gibt es hierfür jedoch keinen internationalen Standard, so dass jedes Land seine eigene Markierungsform hat. Erschwerend kommt hinzu, dass die meisten Länder Munition gar nicht kennzeichnen.

Markierungen sind jedoch unabdingbare Voraussetzung für die Rückverfolgung von Waffen, die in kriminelle Hände geraten sind. Eine Pistole wird z.B. in einem Land gefertigt, in ein zweites exportiert und in einem dritten bei einem Verbrechen eingesetzt. Ihr Weg kann nur dann nachgezeichnet werden, wenn sie eindeutig markiert war und ihre Kennzeichnung bei jedem legalen Besitzerwechsel (Staat, Organisation oder Einzelperson) festgehalten wurde.

Das *Marking and Tracing Instrument* der Vereinten Nationen (UN M&TI), das im Jahr 2007 in Kraft trat, sollte sich dieses Problems annehmen. Es zeigt eine Reihe von Vorgehensweisen auf, um eine einheitliche Markierung von Kleinwaffen sicherzustellen. Außerdem will es die Verfolgung von Waffen besser koordinieren. Wenn etwa eine Waffe in einem Land für eine kriminelle Handlung benutzt wurde, sieht das Instrument Maßnahmen vor, ihren Weg über sämtliche ehemalige legale Besitzer an den Herstellungsort zurückzuverfolgen. So kann ermittelt werden, wo der legale Kreislauf unterbrochen wurde.



Das UN M&TI umfasst übrigens keine Munition; eine UN-Expertengruppe beschäftigt sich derzeit mit deren Markierung, Rückverfolgung und Transport.

Internationales Engagement

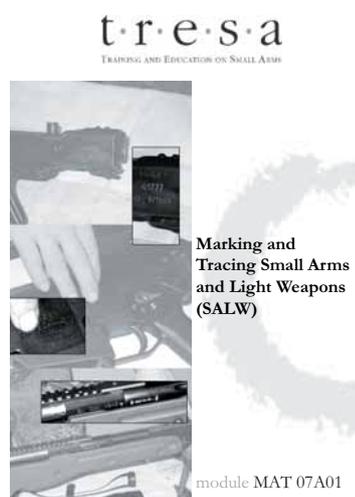
Auf Einladung des Auswärtigen Amtes hat das BICC auf internationalen Seminaren Grundsatzreferate über die Verwaltung von Waffenlagern in Europa, Lateinamerika und Südostasien gehalten.

Angeregt durch das *United Nations Office of Disarmament Affairs* und mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes haben Kleinwaffenexperten des BICC ein Handbuch zur Markierung und Rückverfolgung von Kleinwaffen herausgegeben. Dieses Unterrichtsmaterial soll national, regional und international Regierungsvertreter, Mitglieder der Legislative, Verwaltungsangestellte und andere an der Kleinwaffenkontrolle Beteiligte mit dem „*UN Instrument on Marking and Tracing (UN M&TI)*“ vertraut machen. Das Modul bietet z.B. einen Rahmen für Schulungen von Regierungsmitarbeitern in Nationalen Kontaktstellen für Kleinwaffen (*SALW Focal Points*) in afrikanischen und asiatischen Ländern, um das Instrument in diesen Ländern und Regionen umzusetzen. Das englischsprachige Handbuch, das auch ins Französische und Arabische übersetzt werden soll, ist das neueste in einer Reihe von Modulen und Lehrmaterialien des BICC TRESA (*Training and Education on Small Arms*, 2003 – 2006) Projekts, die sich mit verschiedenen Aspekten der Kleinwaffenkontrolle befassen. Über www.tresa-online.org sind diese Publikationen im Internet erhältlich.

Das BICC hat darüber hinaus auch einige Studien – etwa über die Verwaltung von überschüssigen Waffen in Kasachstan – zu diesem Thema verfasst, die entweder schon veröffentlicht worden sind oder in Kürze erscheinen werden. Das BICC will durch seine angewandte Forschung, durch die Beratung von Regierungen und internationalen Organisationen sowie durch Trainingsmaßnahmen helfen, die Kontrolle von Munitionslagern zu verbessern sowie die Markierung und Rückverfolgung von Kleinwaffen effektiv durchzusetzen. Es will damit einen Beitrag leisten, die individuelle, nationale und internationale Sicherheitssituation zu verbessern.

Michael Ashkenazi

Projekttitlel:	Markierung und Nachverfolgung (von Kleinwaffen und leichten Waffen)
Laufzeit:	bis November 2007
Gefördert durch:	Auswärtiges Amt, Bundesrepublik Deutschland
Koordination:	Dr. Michael Ashkenazi
Projektmitarbeiter:	Christine Beeck
Publikation:	s. „Publikationsliste“



¹ Kleine und leichte Waffen (*Small Arms and Light Weapons*) sind Waffen mit einem Kaliber von weniger als 100 mm. Kleinwaffen sind Schusswaffen, die von einem Menschen getragen und benutzt werden können (Pistolen, Gewehre, leichte Maschinengewehre). Leichte Waffen sind Schusswaffen, die von einem kleinen Team bedient werden müssen (schwere Maschinengewehre, Raketenwerfer, Mörser).

Geschäftsbericht

Das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) wurde 1994 als gemeinnützige GmbH auf Initiative des damaligen NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau und des Wissenschaftsministeriums gegründet. Seitdem forscht, berät und unterstützt das BICC die Vereinten Nationen, die Europäische Union, Regierungen, Kommunen und gesellschaftliche Gruppen bei der Umsetzung der Abrüstung und allen Fragen an der Schnittstelle zwischen Frieden und Entwicklung.

Internationales Konversionszentrum Bonn - Bonn International Center for Conversion (BICC) GmbH

An der Elisabethkirche 25, 53113 Bonn,
Telefon: 0228-911 96-0, Fax: 0228-241215,
E-Mail: bicc@bicc.de, Internet: www.bicc.de
Geschäftsführer: Peter J. Croll
Prokurist: Michael Dedek
Handelsregister: Bonn HRB 6717
Steuernummer: 5202/5783/0483
VAT Umsatzsteueridentifikationsnummer: DE811913398

Gesellschafter des BICC

Land Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf:	55%
Land Brandenburg, Potsdam:	15%
NRW.Bank, Düsseldorf:	15%
LEG Landesentwicklungsgesellschaft	
NRW GmbH, Düsseldorf:	15%

Das BICC hat einen Aufsichtsrat, der die Gesellschafter berät und die Geschäftsführung überwacht. Er besteht aus sieben Mitgliedern, die von der Gesellschafterversammlung bestellt werden. Der Aufsichtsrat ist u.a. zuständig für die Genehmigung der jährlichen Arbeitsprogramme und Finanzplanungen.

Das BICC und insbesondere die Geschäftsführung werden in allen wissenschaftlichen, politischen und auch akquisitorischen Fragen von einem internationalen Kuratorium beraten. Das Kuratorium macht Vorschläge zum Arbeitsprogramm, kommentiert die Publikationen des BICC und gibt inhaltliche Anregungen. Die Mitglieder werden von der Gesellschafterversammlung berufen.

Die Aufsichtsratsmitglieder im März 2008

1. Dr. Michael Stückradt, Vorsitzender des Aufsichtsrates, Staatssekretär, Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
2. Michael Deitmer, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
3. Theo Goßner, Direktor, NRW.Bank, Düsseldorf
4. Franz Meiers, Geschäftsführer LEG Stadtentwicklung GmbH & Co. KG, Düsseldorf
5. Winfried Mengelkamp, Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf
6. Dirk Reitemeier, Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam
7. Helmut Rubin, Finanzministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Schwerpunkte der Arbeit des BICC

Die Arbeit des BICC an der Schnittstelle zwischen Frieden und Entwicklung ist thematisch so vielfältig geworden, dass eine Kategorisierung der Arbeiten nach Themenfeldern zunehmend schwer fiel. Gleichzeitig zeichnet sich die Arbeit durch die Verflechtung der Produktfelder Forschung, Beratung und Kapazitätenaufbau (*capacity-building*) aus. Die Arbeit des Konversionszentrums ist so angelegt, dass Erfahrungen, Ergebnisse und Daten von Beratungs- und Trainingsvorhaben wiederum zur Genese neuer Forschungsfragen genutzt werden und *vice versa*. Das „Looping“ der Produktkategorien stellt die fachliche Expertise sicher und soll in den einzelnen Vorhaben verstärkt werden.

Folgerichtig konzentriert sich das BICC in der Außendarstellung auf diese Produktorientierung. Basierend auf der Aufgabe (*mission*) zu Frieden und Entwicklung beizutragen, lassen sich die Dienstleistungen des BICC in folgende Produktkategorien unterteilen:

- Anwendungsorientierte Forschung (wissenschaftliche Beiträge, Hintergrund- und Evaluationsstudien, *Impact Analysis*, Indikatorenentwicklung, Datenerhebung und -analyse) sowie Projektbegleitung und -durchführung.



Das Internationale Kuratorium im März 2008:

1. Dr. Sverre Lodgaard (Norwegen), Vorsitzender des Internationalen Kuratoriums, eh. Direktor des Norwegischen Institutes für Internationale Politik (NUPI)
2. Prof. Dr. Hans Blix (Schweden), Vorsitzender der *International Commission on Weapons of Mass Destruction*
3. Anke Brunn (Deutschland), Ministerin a. D. und Mitglied des Landtages des Landes Nordrhein-Westfalen
4. Jayantha Dhanapala (Sri Lanka), Untergeneralsekretär a. D., *United Nations Department for Disarmament Affairs* (UNDDA)
5. Prof. Dr. Wolfram Hilz (Deutschland), Geschäftsführender Direktor, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie, Rheinische-Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn
6. Karin Kortmann (Deutschland), Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
7. Dr. Patricia Lewis (Schweiz), Direktor, *United Nations Institute for Disarmament Research* (UNIDIR)
8. Prof. Dr. Volker Rittberger (Deutschland), Vorsitzender des geschäftsführenden Vorstandes, Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
9. Dr. Michael Stückradt (Deutschland), Staatssekretär, Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes Nordrhein-Westfalen
10. Prof. Ramesh Thakur (Kanada), *Distinguished Fellow, Centre for International Governance Innovation* (CIGI) und Professor der Politikwissenschaften, Universität Waterloo, Kanada
11. Dr. Reinhard Weise (Deutschland), Prokurist, Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH
12. Dr. Theodor Winkler (Schweiz), Direktor, *Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces* (DCAF)

- Beratung (Hintergrundanalysen, Handlungsempfehlungen, Expertenworkshops).
- Kapazitätenaufbau (*capacity-building*) durch die Ausarbeitung von Konzepten und Modulen für Bildung und Training, beispielhafte Implementierung, Workshops und Konferenzen.

Anwendungsorientierte Forschung

Die Forschungsarbeit des BICC war im Jahr 2007 besonders durch das neue 7. Forschungsrahmenprogramm der EU (FP7) geprägt. Dies ist das Hauptinstrument der EU zur Förderung europäischer Forschung und läuft von 2007 bis 2013. Das Budget für die nächsten sieben Jahre beträgt 50,5 Milliarden Euro.

Die in der ersten Jahreshälfte 2007 gesammelten Erfahrungen bei der Erstellung von Anträgen für EU-finanzierte Projekte innerhalb der ersten Ausschreibungsrunde des FP7 – sowohl als Konsortialführer als auch als Partner – positionieren das BICC als ernst zu nehmendes europäisches Forschungsinstitut und werden die Mitarbeit an bzw. die Erstellung von EU-Anträgen in der Zukunft erheblich erleichtern.

Bereits in der ersten Ausschreibungsrunde des Programms war das BICC erfolgreich. Als Partner in einem europäischen Konsortium (unter Leitung der Universität Jyväskylä in Finnland) wird das BICC in den nächsten drei Jahren zum Frieden schaffenden Potenzial der afrikanischen Diaspora im Horn von Afrika arbeiten können (siehe S. 34).

Ein wichtiges, von der Deutschen Stiftung Friedensforschung gefördertes Forschungsprojekt konnte im Jahr 2007 abgeschlossen werden. Das Vorhaben „Ethnischer Föderalismus – Institutionelle Voraussetzungen für Stabilität und Konfliktregelung“ untersuchte im Rahmen einer Variablenstudie die Grundvoraussetzungen föderaler Stabilität sowie die Vorkehrungen zur Privilegierung ethnischer Gruppen und Konfliktregelungsmechanismen. Auf der Grundlage der aggregierten Indikatoren für „Stabilität“, „ethnische Privilegierung“ und „Mechanismen der Konfliktregulierung“ konnte eine institutionenbezogene Typologie ethno-föderaler Arrangements abgeleitet werden. Die Ergebnisse der komparativen Fallstudien zu vier multiethnischen Föderationen (Russland, Indien, Nigeria, Spanien) konnten den Anstoß für weitergehende Studien zu multiethnischen Föderationen geben.

Auch die Mitarbeit am Friedensgutachten 2007, dem gemeinsamen Jahrbuch der fünf Institute für Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik, nahm breiten Raum in der Arbeit des Hauses ein. Das Friedens-



gutachten 2007 befasst sich mit Militärinterventionen, deren Zahl in den letzten Jahren rapide zugenommen hat, und untersucht darüber hinaus bedrohliche und brisante Konfliktkonstellationen im Mittleren Osten (Libanon, Iran, Saudi-Arabien, Palästina) sowie in Afrika (Sudan, Kongo, Horn von Afrika). Im Jahr 2008 hat das BICC zum zweiten Mal seit 2003 die Federführung der Jahrbucherstellung inne und ist für den gesamten Prozess der Erstellung koordinierend verantwortlich.

Wie Forschungsarbeit in die Politikberatung münden kann, demonstriert die Arbeit zum *Resource Conflict Monitor* (RCM) (siehe S. 20). Die Forschungsarbeit zum Zusammenhang zwischen dem Management natürlicher Ressourcen und Konflikten führte zu einem konkreten Beratungsinstrument, das in Form einer Datenbank empirisch gestützte Einsichten in das Ressourcenmanagement von 90 Ländern liefert. Die Frage, ob Konflikanfälligkeit mit dem Vorhandensein von bestimmten Rohstoffen bzw. der Art ihrer Gewinnung zusammenhängt, kann sachlich fundiert untersucht werden. So kann die Datenbank die Übertragung von Fakten in den politischen Raum erleichtern.

Im Rahmen der institutionellen Zusammenarbeit verstärkt das BICC die Kooperation mit der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im Bereich der Forschungsarbeit, um seine Forschungsbasis zu verbreitern.

Beratung

Das BICC hat im Beratungsbereich seinen Internet-Service mit Hintergrundinformationen zu wichtigen Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte ausbauen und aktualisieren können (siehe www.ruestungsexport.info). Auf dieser Webseite stellt das Zentrum verschiedene Grunddaten zu Rüstung, Militär, Sicherheit, Menschenrechten und Regierungsführung in 170 Ländern zur Verfügung. Die Informationen sollen eine Einschätzung und Bewertung der deutschen Rüstungsexportpolitik erleichtern und orientieren sich an den Kriterien des 1998 von der Europäischen Union beschlossenen Verhaltenskodex für Rüstungsexporte. Der Service wurde im Jahr 2007 durch eine interaktive Kartendarstellung unter Verwendung eines *Geographic Information System* (GIS) Programms benutzerfreundlich ergänzt (siehe S. 26).

Die Beratungsarbeit des BICC wird auch direkt von internationalen Organisationen und Regierungen nachgefragt. So war das BICC im Rahmen eines europäischen Konsortiums an der EU-finanzierten Evaluation des Reintegrationsprogramms für ehemalige Kämpfer in Liberia beteiligt. Über 100.000 Kämpferinnen und Kämpfer des Bürgerkriegs wurden in Liberia demobilisiert. Für ihre Re-

integration ist das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) verantwortlich, in dem auch die Kommission der Europäischen Union engagiert ist (siehe S. 28).

Zur direkten Beratung der Europäischen Kommission, die im Jahr 2007 die Präsidentschaft für das *Kimberly Process Certification System* zur Zertifizierung von Diamanten innehatte, wurde ein Mitarbeiter für mehrere Monate nach Brüssel entsandt.

Diese Arbeit knüpfte direkt an der fachlichen Begleitung der EU-Kampagne *Fatal Transactions* an, die das BICC in Deutschland koordiniert. Als Mitglied eines europäischen Konsortiums von Nichtregierungsorganisationen hat das BICC von der EU-Kommission den Zuschlag für das Vorhaben erhalten. Im Mittelpunkt steht sowohl in Brüssel als auch in den Mitgliedstaaten die entwicklungspolitische Lobby- und Bildungsarbeit zum Thema „Ressourcen und Konflikte“ (siehe www.fataltransactions.de und S. 34).

Capacity-building

Im *capacity-building* lag 2007 der Schwerpunkt auf dem Südsudan. Von August 2007 bis März 2008 führte das BICC dort ein weiteres Projekt zum Kapazitätsaufbau für Kleinwaffenkontrolle und Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DD&R) durch. Die in den beiden vorhergehenden Projektphasen gewonnenen Erkenntnisse und Netzwerke konnten gut genutzt werden. Gemeinsam mit Partnern vor Ort, Angehörigen der Zivilgesellschaft und der Regierung des Südsudan hielten Experten des Zentrums vier Workshops zu verschiedenen Aspekten der Kleinwaffenkontrolle und vier Lehrgänge zu DD&R ab. Intensiviert wurde die Zusammenarbeit mit lokalen Medien, um das Thema einer breiteren Öffentlichkeit nahe zu bringen (siehe S. 26).

Die Basis für diese konkrete Arbeit vor Ort war in den Vorjahren u.a. durch die im Rahmen des TRESA-Vorhabens (*Training and Education on Small Arms*) entwickelten Module gelegt worden. Auf derselben Basis entwickelte das BICC 2007 zwei neue Module zu Markierung und Nachverfolgung von Kleinwaffen: ein Modul für Trainer und eines für Weiterzubildende (siehe S. 40).

Weitere Aktivitäten

Das BICC betreibt eine aktive Pressearbeit, führt Informationsveranstaltungen durch und beteiligt sich an gemeinsamen Öffentlichkeitsaktivitäten mit Partnern. Einen besonderen Stellenwert nehmen dabei die Stadt Bonn und die hier ansässigen UN-Organisationen ein.

BICC unterhält zwei Ausstellungsprojekte. Die Infoausstellung „Kleinwaffen - Eine weltweite Bedrohung“ ist in



Deutsch, Englisch, Spanisch und Französisch weltweit für andere NGOs (Nichtregierungsorganisationen) verfügbar und wurde bereits in zahlreichen deutschen Städten und international (New York, USA, Addis Abeba, Äthiopien, und Kolumbien) gezeigt.

„Millenniumsziele 2015 - Global handeln für Armutsbekämpfung, Entwicklung und Frieden“ ist eine Fotoausstellung in Zusammenarbeit mit der internationalen Agentur *laif*. Sie wurde gefördert von InWEnt aus Mitteln des BMZ. Bildlich wie textlich dokumentiert sie anhand der acht Millenniumsziele die Verknüpfung von Armut, sozialer Ungerechtigkeit sowie Konflikten und Konfliktprävention. Mit der Ausstellung beteiligte sich das BICC 2007 an der Kampagne „MITmachen – Mainz und Rheinland-Pfalz gegen Armut und für weltweite Partnerschaft“, unterstützt von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz und unter Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten Kurt Beck. Virtuell kann die Ausstellung unter www.bicc.de/mdg/ besichtigt werden.

Um diese vielfältigen und anspruchsvollen Arbeiten in den Bereichen Forschung, Beratung und *capacity-building* leisten zu können, vertraut das BICC auf eine internationale Belegschaft. Am 31. Dezember 2007 beschäftigte das BICC 15 vollzeitbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen (davon zwölf im inhaltlichen Bereich), zwölf teilzeitbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen (davon sechs im inhaltlichen Bereich) sowie fünf studentische (davon drei im inhaltlichen Bereich), vier wissenschaftliche Hilfskräfte und zwei geringfügig beschäftigte Hilfskräfte.

Das Konversionszentrum bietet Praktikanten die Möglichkeit der Mitarbeit in einem international tätigen Zentrum. Die inhaltliche Arbeit in den Projekten profitiert sehr häufig davon. Zwischen Januar 2007 und März 2008 waren 20 Praktikanten aus 9 Ländern am BICC tätig.

Wirtschaftliche Entwicklung

Die Finanzen der GmbH basieren auf zwei Säulen: Das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) unterstützt das Konversionszentrum als Hauptgesellschafter mit einer Zuwendung. Diese ermöglicht es im Rahmen des sog. Drittgeschäftes, Aufträge und Förderungen anderer Geldgeber zu akquirieren. Die Aufgaben, die mit diesen Mitteln verbunden sind, reichen von Forschung über Beratung und *capacity-building* bis hin zu sonstigen Dienstleistungen. Das BICC ist stets bemüht, das Volumen dieses Drittgeschäftes zu steigern. Im Jahr 2007 konnten diese Umsätze weitgehend so konstant gehalten werden, dass sie erneut fast die vom Land NRW bereitgestellten Mittel erreichten.

Die Verstärkung der Drittmittelakquisition und die weitere Konsolidierung aller Kostenkategorien waren für die betriebswirtschaftliche Orientierung und das Handeln der Geschäftsleitung zentral. Es galt, die erneute Kürzung der Hauptzuwendung (minus vier Prozent) aufzufangen. Dies ist dank erheblicher Anstrengungen fast gelungen. Die Betriebsleistung war zwar gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig (minus 3,5 Prozent). Dieser Rückgang konnte allerdings durch eine Reduktion der Betriebsaufwendungen um 3,4 Prozent fast komplett aufgefangen werden. Das BICC musste nur einen leichten Fehlbetrag ausweisen.

Damit wurde die erneute Kürzung der Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen durch einen Anstieg des durchschnittlichen Deckungsbeitrags der Projekte des Drittgeschäftes zur Hälfte aufgefangen. Dies ist u.a. darauf zurückzuführen, dass es gelungen ist, verstärkt anwendungsorientierte Projekte zu akquirieren, die über die direkten Projekteinzelnkosten hinaus einen Deckungsbeitrag zu den Gemeinkosten des Hauses erbringen. Die Akquisitionsbemühungen werden sich weiterhin in diese Richtung bewegen. Dies eröffnet die Chance, die Ertragsituation in einzelnen Projekten zu verbessern.

Tendenziell geht dieser Trend zu Lasten der Forschungsarbeit, da hier oft nur die direkten Einzelkosten (z.B. die Personalkosten des Bearbeiters, die Kosten für Reisen) nicht aber Teile der Gemeinkosten (z.B. Infrastruktur) von Projekten gefördert werden. Diesem Problem der fehlenden oder nicht ausreichenden Finanzierung von Gemeinkostenanteilen in der Forschungsförderung hat die Europäische Union im neuen FP7 teilweise Rechnung getragen. Die Finanzierungsquote liegt deutlich über der deutscher Forschungsförderer. Gleichwohl bleibt das Engagement im FP7 der EU mit finanziellen Belastungen verbunden. Bezogen auf die ansetzbaren Gesamtkosten des Vorhabens (Einzelkosten zzgl. 60 Prozent Gemeinkosten) beträgt die Förderquote im Bereich der Forschungsaktivitäten nur 75 Prozent; das BICC muss also auch hier Mittel aus anderen Erlösquellen beisteuern. Damit wird deutlich, dass das BICC ohne eine weitere Unterstützung des Landes NRW oder anderer Partner solche Vorhaben nur sehr begrenzt bearbeiten kann.

So vielfältig wie die Aufgaben und Projekte des BICC, so divers sind auch die Finanzquellen. Zu den Mittelgebern zählt die Bundesregierung, die Europäische Union ebenso wie das Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) oder Stiftungen, Unternehmen und andere Körperschaften.

Die wichtigsten Projekte 2007/2008 im Überblick

Anwendungsorientierte ForschungAuswahl Produkte/
weitere Informationen

Evaluierung von Waffen- und Munitionsvernichtung in Afghanistan	August 2006 – Februar 2007	Evaluierungsbericht
Ethnischer Föderalismus - Institutionelle Voraussetzungen für Stabilität und Konfliktregelungen	März 2005 – Juni 2007	Forschungsprojekt, finanziert von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)
Die Rolle des Sicherheitssektors für die Stabilität und Herrschaftsdynamik der Regimes in Zentralasien	seit Juli 2006	Forschungsprojekt, finanziert von der Volkswagenstiftung
Abrüstung, Demobilisierung und Kleinwaffenkontrolle in Aceh, Indonesien	August 2006 – April 2007	BICC brief 35: <i>Re-paving the road to peace</i> <i>Analysis of the implementation of DD&R in Aceh Province, Indonesia</i>
Die Rolle der afrikanischen Diaspora im Konfliktgeschehen	August 2006 – Februar 2007	Studie und Workshop für das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration, NRW
DIASPEACE – Diaspora für Frieden: Muster, Trends und Potenzial von Diasporabeteiligung in Konfliktsituationen. Fallstudien am Horn von Afrika	seit März 2008	Projekt im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms der EU
Forschung für das BMZ in ausgewählten Themenfeldern an der Schnittstelle zwischen Entwicklung und Sicherheit	Januar 2006 – Dezember 2007	Forschungsbasierte inhaltliche Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Verkehrsinfrastruktur in Deutschland und ihre Bedeutung für Sicherheitstechnologien und Arbeitsplätze	seit Dezember 2007	Kurzstudien im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung
Perspektive der deutschen Heeresindustrie im Rahmen alternativer Szenarien	Dezember 2004 – Mai 2007	Forschungsbericht, Finanzierung durch die Hans-Böckler-Stiftung
Frieden entwickeln: Der Beitrag der deutschen EZ zu den <i>Peacebuilding</i> -Missionen der Vereinten Nationen	September 2007 – Januar 2008	Vorstudie für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Beteiligung des BICC am jährlichen Friedensgutachten	seit 1999	Buchveröffentlichung siehe www.bicc.de/friedensgutachten

Beratung

Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte	seit Mai 2002	Datenbank, Länderberichte www.ruestungsexport.info
Evaluation des Reintegrationsprogramms für ehemalige Kämpfer in Liberia	März – Juni 2007	Im Auftrag der Europäischen Kommission
Beratung im Themenfeld Kleinwaffen	bis November 2007	z.B. Module zu Markierung und Rückverfolgung von Kleinwaffen für das Auswärtige Amt
Förderung von Entwicklung und Umsetzung eines zivilen SALW-Trainingsprogramms in Westafrika	seit Oktober 2007	Beratung für ein Pilottraining am <i>Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre</i> (KAIPTC)
Beratung der Präsidentschaft der EU des „Kimberly-Prozess“	April – Dezember 2007	Entsendung eines nationalen Experten an das Sekretariat

Kapazitätsaufbau (*capacity-building*)

Kapazitätsaufbau für Kleinwaffenkontrolle und Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration (DD&R) im Südsudan	Dezember 2005 – März 2008	In Zusammenarbeit mit örtlichen Partnern, Angehörigen der Zivilgesellschaft und der Regierung des Südsudan – siehe www.bicc.de/sudan
Mitarbeit im Netzwerk <i>Fatal Transaction</i> (FT), Lobby- und Bildungsarbeit zum Thema Ressourcen und Konflikte	seit Januar 2007	Wissenschaftliche Unterstützung sowie Veranstaltungen, Website, PR-Arbeit, Ausstellungen, Expertengespräche – siehe www.fataltransactions.de
Internationale Konferenz: <i>The Security-Migration Nexus: Challenges and Opportunities of African Migration to EU Countries</i>	November 2007 – April 2008	Konferenz 22.-23. Februar 2008 in Bonn in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Konferenz – Relevanz der menschlichen Sicherheit für die deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik	Oktober – Dezember 2007	Durchführung eines Fachgesprächs zum Thema <i>Human Security</i> im Rahmen des SEF-Symposiums 2007

Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2007 bis zum 31. Dezember 2007

	Ist 2007
Umsatzerlöse	
a) Hauptzuwendung des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes NRW	1.027.500
b) Projekteinnahmen aus abgeschlossenen Projekten	1.152.476
c) Kostenerstattungen und sonstige Einnahmen	27.439
Bestandsveränderung bei unfertigen Projekten (HfA)	-248.692
Sonstige betriebliche Erträge	16.351
	Betriebsleistung
	1.975.074
Materialaufwand in Projekten	302.439
Personalaufwand	1.328.184
Planmäßige Abschreibungen	10.980
Übrige Betriebsaufwendungen (Raumkosten etc.)	357.697
	Betriebsaufwendungen
	1.999.300
Finanzergebnis	4.931
	Geschäftsergebnis = Jahresfehlbetrag
	-19.294

Publikationsliste (Januar 2007 bis April 2008)

Briefs

brief 36. Jerry Sommer, Andrea Warnecke, *The Security-Migration Nexus: Challenges and Opportunities of African Migration to EU Counties*, April 2008.

brief 35. Christine Beeck, *Re-paving the road to peace – Analysis of the implementation of DD&R (Disarmament, Demobilization and Reintegration) in Aceh Province, Indonesia*, Oktober 2007.

Bulletins

BICC bulletin, No. 41, März 2007. Feature: A Proposal to End Genocide and Crimes Against Humanity, Dr. Robert Zuber.

BICC bulletin, No. 42, April-Juni 2007. Feature: Representation, Citizenship and the Public Domain in Democratic Decentralization, Jesse C. Ribot.

BICC bulletin, No. 43, Juli-September 2007. Feature: Changing the United Nations, Ambassador Jayantha Dhanapala.

BICC bulletin, No. 44, Oktober-November 2007. Feature: Bring the Adapted CFE Treaty into Force—International Appeal.

BICC bulletin, No. 45, Januar-März 2008. Feature: The Security-Migration Nexus, Andrea Warnecke.

BICC Focus

BICC Focus 3. Nach den Gouverneurswahlen in Aceh – Ehemalige indonesische Bürgerkriegsprovinz auf dem Weg zu Friedenskonsolidierung und Stabilität, Christine Beeck.

BICC Focus 4. Raus aus der Sackgasse: Handlungsoptionen für die deutsche Politik im Streit um das iranische Atomprogramm, Jerry Sommer.

BICC Focus 5. Zwischen Förderung von Stabilität, Menschenrechten und langfristigen Wirtschaftsinteressen. Wo steht die Zentralasienstrategie der EU? Eva Niepagenkemper.

BICC Focus 6. Wie ein Phönix aus der Asche? Der Stand der Friedenskonsolidierung in Sierra Leone nach den Wahlen, Helen Radeke.

BICC Konzeptpapiere

Schnittstellen von Entwicklung und Sicherheit der Europäischen Union – Strategien und Mechanismen für mehr Politikkohärenz, Isabelle Tannous, März 2007.

Sicherheit + Entwicklung = Frieden? Zur Rolle der Entwicklungspolitik in der zivilen ESVP, Hans-Georg Ehrhart, März 2007.

Die Rolle der afrikanischen Diaspora im Konfliktgeschehen, Andrea Warnecke, Julie Brethfeld, Volker Franke, April 2007.

Für ein effizientes Friedensmanagement. Das Konzept der integrierten Missionen, Diana Burghardt, Juni 2007.

Governing the Gift of Nature. Resource Conflict Monitor: The Links between Resource Governance, Conflict and Natural Resources, Jolien Schure, Juni 2007.

Das BP Tangguh Erdgasprojekt in West-Papua/ Indonesien. Ressourcenextraktion in einem fragilen Umfeld, Volker Böge, November 2007.

Gewinnung natürlicher Ressourcen in Konfliktsituationen: Bestandsaufnahme zu den Positionen und Strategien relevanter EZ- Akteure. Natalie Krieger, November 2007

Ressourcen und Konflikte. Tabellarische Übersicht ausgewählter Fälle aus den Bereichen extraktive Industrien, Wald- und Wasserwirtschaft: Katalog im Rahmen des Themenfelds „Ressourcen und Konflikte“. Volker Böge und Natalia Krieger, November 2007.

In Control of Natural Wealth? Governing the resource-conflict dynamic, Volker Franke, Aimée Hampel-Milagrosa, Jolien Schure, Dezember 2007.

Die *Peacebuilding Commission* der Vereinten Nationen. Ein Generalschlüssel für den Frieden? Marie-Christine Heinze, März 2008.

Newsletter Fatal Transactions

No. 1, November 2007. Feature: Rot wie Blut – Rubine aus Burma finanzieren diktatorisches Regime.

No. 2, März 2008. Feature: Neue Rohstoffdatenbank des BICC: Rohstoffreichtum und Konflikte.

Andere BICC Publikationen

Susanne Heinke, Wolf-Christian Paes und Jolien Schure. 2007. Armer reicher Kontinent. Konfliktressourcen in Afrika.

Herbert Wulf. 2007. *Internationalizing and Privatizing War and Peace. The Bumpy Ride to Peace Building*. Basingstoke: Palgrave Macmillan Publishers Ltd.

People Safe from Guns in South Sudan – Training Courses Documentation, Bor and Ayod, South Sudan. März 2007.

Kurzpapier: Verhandlungsvorschläge zur Lösung des Nuklear-Konflikts mit dem Iran, insbesondere des Vorschlags der „Rom-Gruppe“, Michael Brzoska, März 2007.

Kurzpapier: Regionale Auswirkungen des nordkoreanischen Atomstests, Michael Brzoska, März 2007.

Conference Paper: *Way out of the deadlock: Time for a new strategie in regard to the Iran nuclear file*, Jerry Sommer, April 2007.

Diskussionspapier: Plädoyer für eine integrative deutsche Sicherheitsstrategie, Peter Croll, Tobias Debiel und Stephan Klingebiel, April 2007.

Michael Ashkenazi, Christine Beeck, Elvan Isikozlu. 2008. *TRESA-Modul. Marking and Tracing Small Arms and Light Weapons*.

Newsletter: *Capacity-building on small arms control and DD&R in Southern Sudan*, Wolf-Christian Paes, Januar 2008.

Kurzpapier: Säulenübergreifende Zusammenarbeit von Rat und Kommission der Europäischen Union zur Unterstützung von Reformen im Bereich der Sicherheitssektorreform, Michael Brzoska und Isabelle Maras, Oktober 2007.

Kurzpapier: Grenzüberschreitende Kooperation als Chance? Zur Konsistenz der EU Zentralasienpolitik im Lichte von Konfliktprävention und dem diesbezüglichen Potenzial grenzüberschreitender Kooperation, Dr. Regina Heller, Oktober 2007.

South Sudan Action Network on Small Arms (SSANSA) Newsletter Update. Feature: A Clarion Call to Action, März 2008.

A Gun in Every Home: Small Arms in Southern Sudan. Central and Western Equatoria. Ein Film von Dominik Lehnert und Frank Müller. April 2008.

BICC-IPCS Participatory Video Advocacy. Small Arms in Southern Sudan. Central and Western Equatoria. Dominik Lehnert. April 2008.

The Adventures of Simon. A New Beginning in the New Sudan. Comic Book, April 2008.

Weitere Veröffentlichungen

Ashkenazi, Michael. 2008. „Kazakhstan: Where surplus arms are not a problem“. *Contemporary Security Policy*.

Ashkenazi, Michael. 2008. „Stockpile Management: Security“. In James Bevan, ed. *Conventional Ammunition in Surplus: A Reference Guide*. Geneva: SAS, S. 67-75.

Ashkenazi, Michael und Holger Anders. 2008. „Stakeholders in Conventional Ammunition Management“. In James Bevan, ed. *Conventional Ammunition in Surplus: A Reference Guide*. Geneva: SAS, S. 160-165.

Ashkenazi, Michael. 2008. „Ammunition Stockpiles and Communities“. In James Bevan, ed. *Conventional Ammunition in Surplus: A Reference Guide*. Geneva: SAS, S. 166-171

Ashkenazi, Michael und Susan Hough. 2007. „Konflikte im Sudan – Ursachen und Prognose [Conflict in Sudan – Origins and prognosis]“. In Bruno Schoch et al., eds. *Friedensgutachten 2007*. Berlin: Lit Verlag.

Ashkenazi, Michael. 2008. *Handbook of Japanese Mythology*. New York & Oxford: Oxford University Press.

Böge, Volker. 2007. „Traditional Approaches to Conflict Transformation – Potentials and Limits“. *Occasional Papers Series*. Nummer 5. The Australian Centre for Peace and Conflict Studies.

Croll, Peter. 2007. „Der Trend weltweiter Aufrüstung hält an“. *Wissenschaft und Frieden*. Bonn. S. 5, Ill.

Croll, Peter und Volker Franke. 2007. „Globale menschliche Sicherheit: Schnittstellen zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik“. *Eins Entwicklungspolitik*. Frankfurt/Main, 15-16, S. 33-37, Ill.

Debiel, Tobias und Volker Franke. Auf tönernen Füßen? Zur normativen Begründbarkeit menschlicher Sicherheit“. In Cornelia Ulbert und Sascha Werthes, *Human Security: der Stein der Weisen für globale und regionale Verantwortung?* Bonn: Stiftung Entwicklung und Frieden, i. E.

Franke, Volker und Karen Guttieri. „Picking up the Pieces: Are Officers Ready for Nation Building?“ *Journal of Political and Military Sociology*, i.E.

Franke, Volker und Marie-Christine Heinze. „Aus Fehlern lernen?: Fazit nach 18 Monaten Peacebuilding Commission der Vereinten Nationen.“ *Friedens-Warte*, i. E.

Heinemann-Grüder, Andreas. 2007. „Ein Schritt vorwärts, zwei zurück: vom Ethnoföderalismus zum ‚Russland der Russen‘“. *Osteuropa* (Berlin), 57, 11, Sonderausgabe, S. 135-162.

Heinemann-Grüder, Andreas und Holger Haberstock. 2007. „Sultan, Klan und Patronage: Regimedilemmata in Zentralasien“. *Osteuropa* (Berlin), 57, 8-9. S. 121-138.

- Heinemann-Grüder, Andreas.** 2007. *Friedensgutachten 2007* (zus. mit Bruno Schoch, Markus Weingardt, Reinhard Mutz und Jochen Hippler), Berlin, Münster: LitVerlag.
- Heinemann-Grüder, Andreas.** 2007. „Systemwechsel und demokratische Kontrolle über das Militär. Einsichten aus den postsozialistischen Fällen“. In Wilfried Gerhard, Hans-Joachim Reeb, Hg. *Transformation der Streitkräfte im Kontext sicherheitspolitischer, gesellschaftlicher und organisatorischer Veränderungen*. Bremen: Edition Temmen, S. 41- 53.
- Heinemann-Grüder, Andreas.** 2007. „Konfliktprävention – eine Alternative zu Militäreinsätzen“. In *Friedensgutachten 2007*, Berlin, Münster, S. 122-134.
- Heinemann-Grüder, Andreas.** 2007. „Armee im Einsatz“ (zus. mit B. Schoch, J. Hippler, R. Mutz, M. Weingardt). *Gazette* 15, pp. 59-63.
- Heinze, Marie-Christine und Volker Franke.** 2008. „Aus Fehlern Lernen? Fazit nach 18 Monaten Peacebuilding Commission der Vereinten Nationen“. *FriedensWarte*, i.E.
- Heinze, Marie-Christine.** 2007. „Raum und Körper: Zur Semiotik der Verschleierung im Jemen“. *Würzburger Geographische Manuskripte*.
- Küchle, Hartmut.** 2007. „Die deutsche Heeresindustrie in Europa. Perspektiven internationaler Kooperationen und industriepolitischer Nachholbedarf“. Düsseldorf: Edition der Hans-Böckler-Stiftung, Nr. 200.
- Küchle, Hartmut.** 2007. „Sicherheitstechnologien – Chancen für neue Arbeitsplätze?“ Bonn, Juli. Unveröffentlichte Studie der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Küchle, Hartmut.** 2008. „Conversion of military sites. Lessons learned in Germany“. 7th Workshop on Military Base Conversion. Zagreb, i. E.
- Küchle, Hartmut.** 2008. „Innovationen zum Schutz deutscher Flughäfen vor Anschlägen“. Sicherheitstechnologien und Arbeitsplätze am Beispiel des Düsseldorfer Flughafens. Bonn: BICC, Februar.
- Küchle, Hartmut.** 2008. „Rüstungspolitik im Rahmen strategischer Außenpolitik“. Vortrag Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik DGAP. Berlin, Februar.
- Sommer, Jerry.** 2007. „Putins Ausweg. Russlands Idee könnte Streit um US-Raketenabwehr in Europa entschärfen“. *Tageszeitung*, 30 Juni.
- Sommer, Jerry.** 2008. „Chancen & Hindernisse für einen KSE-III-Vertrag: Vorschläge für weitere Rüstungskontrolle und Abrüstung in Europa“. In Paul Schäfer, Hg. Berlin: Die Linke im Bundestag, 29 S., Tab., Lit., S. 29-30. http://www.paulschaefer.info/cms/userfiles/File/studie_kse3.pdf
- Sommer, Jerry.** 2008. „A New Strategy for the Iranian Nuclear File“. In Alexander Nikitin, Morten Bremer Maerli, Hg. *Tuning Priorities in Nuclear Arms Control and Non-Proliferation. Comparing Approaches of Russia and the West*. IOS Press, S. 72 – 83.
- Von Boemcken, Marc.** 2007. „Liaisons Dangereuses: The Cooperation between Private Security Companies and Humanitarian Aid Agencies“. In Thomas Jäger, Gerhard Kümmel, Hg. *Private Military and Security Companies. Chances, Problems, Pitfalls and Prospects*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 259-272.
- Von Boemcken, Marc.** 2007. „Global Security Governance and Military Privatization“. Papier für die *International Studies Association (ISA) Annual Convention*, Chicago.
- Von Boemcken, Marc.** 2008. „Network Centric Warfare oder die Automatisierung des Krieges“. In Jan Helmig, Hg. *Die Transformation der Streitkräfte im 21. Jahrhundert: militärische und politische Dimensionen der aktuellen „Revolution in Military Affairs“*. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Frankfurt/Main: Campus Verlag (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, No 54), S. 81-102.
- Von Boemcken, Marc.** 2008. „Das private Militärgewerbe: Ursachen, Typen und Probleme“. In Walter Feichtinger, Wolfgang Braumandl und Nieves-Ersek Kautny, Hg. *Private Sicherheits- und Militärfirmen. Konkurrenten-Partner-Totengräber*. Wien: Böhlau Verlag (Reihe Internationale Sicherheit und Konfliktmanagement, Band 2). i.E.
- Von Boemcken, Marc.** 2008. „Deutsche Waffen nach Südamerika. Eine kritische Bestandsaufnahme“. *Matices. Zeitschrift zu Lateinamerika, Spanien und Portugal*. Ausgabe 57, i. E.
- Warnecke, Andrea und Peter J. Croll.** 2008. „The Security-Migration Nexus. Challenges and Opportunities of African Migration to EU Countries“. Konferenzbericht. *Wissenschaft und Frieden*, Jg. 26, 2/2008, S. 64.

Das BICC auf einen Blick: Forschung, Beratung, Kapazitätenaufbau ...

Als unabhängige, gemeinnützige Organisation fördert das BICC Frieden und Entwicklung. Das BICC will militärspezifische Prozesse, Aktivitäten, Liegenschaften und Strukturen wirksam und nachhaltig umwandeln. Abrüstung setzt Mittel frei, die zur Bekämpfung der Armut genutzt werden können. Konversion sorgt dafür, dass diese Ressourcen zielgerichtet umgewidmet und bestmöglich genutzt werden können. Beide Prozesse ergänzen sich und tragen zur Verbesserung der menschlichen Sicherheit bei.

Das BICC setzt sich dafür ein, dass die eng gefassten Vorstellungen von nationaler Sicherheit, wie sie vor allem in den Streitkräften zu finden sind, einem Konzept globaler Sicherheit weichen müssen. Globale Sicherheit ist heutzutage nicht ohne die Verringerung der Armut, Verbesserung der medizinischen Versorgung und Verbreitung guter Regierungsführung in der ganzen Welt zu erreichen – kurz gesagt, nicht ohne menschliche Sicherheit im weiteren Sinne.

Die Dienstleistungen des BICC lassen sich in folgende Produktkategorien unterteilen:

- Anwendungsorientierte Forschung (wissenschaftliche Beiträge, Hintergrund- und Evaluationsstudien, *Impact Analysis*, Indikatorenentwicklung, Datenerhebung und -analyse sowie Projektbegleitung und -durchführung).
- Beratung (Hintergrundanalysen, Handlungsempfehlungen, Expertenworkshops).
- Kapazitätenbildung (*capacity-building*) durch die Ausarbeitung von Konzepten und Modulen für Bildung und Training.

Als unsere besondere Aufgabe (*mission*) sehen wir an, zu Frieden und Entwicklung durch Maßnahmen zur Verhinderung gewaltsamer Konflikte und deren konstruktiver Transformation beizutragen.

Der Bereich „Konflikt“ stellt eine übergreifende Thematik dar, in deren Rahmen der besondere Stellenwert des BICC in der deutschen Forschungslandschaft deutlich hervortritt. Es ist ein anwendungsorientiertes Forschungsinstitut, dessen inhaltliche Arbeit durch methodisches und thematisches „*Looping*“ eben dieser Produktkategorien gekennzeichnet ist.

Das BICC richtet seine Forschungs- und Beratungsschwerpunkte strategisch neu aus und entwickelt sie systematisch weiter – etwa in den Bereichen Kleinwaffenkontrolle, Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger Kämpfer, Migration und Diaspora, Naturressourcen, Reform des Sicherheitssektors und Sicherheit in zerfallenen Staaten.

Das BICC veröffentlicht seine Resultate und veranstaltet Konferenzen. Der internationale Mitarbeiterstab leistet Beratungstätigkeit, gibt politische Empfehlungen, bildet aus und führt praktische Projektarbeit durch. Das BICC stellt Regierungen, NGOs und anderen öffentlichen und privaten Organisationen Informationen und Gutachten zur Verfügung. Mit seinen an die breite Öffentlichkeit gerichteten Ausstellungen möchte das BICC seine zentralen Themen stärker ins Bewusstsein der Menschen rücken.

Das BICC wurde 1994 mit Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) gegründet. Die Gesellschafter sind die Bundesländer NRW und Brandenburg, die NRW.BANK und die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) NRW.

IMPRESSUM:

BICC

BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION - INTERNATIONALES KONVERSIONSZENTRUM BONN GMBH

AN DER ELISABETHKIRCHE 25 • 53113 BONN • TEL.: 0228-911 96-0 • FAX: 0228-24 12 15

E-MAIL: BICC@BICC.DE • INTERNET: WWW.BICC.DE

DIREKTOR: PETER J. CROLL • HERAUSGEBER: SUSANNE HEINKE • LAYOUT, PUBLISHING MANAGEMENT: SVENJA BENDS